

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder



Gesundheitspersonalrechnung,
Gesundheitsausgabenrechnung,
Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz

Ausgabe 2017

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder

Gesundheitspersonalrechnung,
Gesundheitsausgabenrechnung,
Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz

Ausgabe 2017

Herausgeber

Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder
im Auftrag der Statistischen Ämter der Länder

Herstellung und Redaktion

Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580
E-Mail info@statistik.bayern.de
Internet www.statistik.bayern.de

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen im Februar 2018

Kostenfreier Download im Internet: www.ggrdl.de, www.statistikportal.de

Fotorechte:

© Schlierner – Fotolia.com

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2018**
(im Auftrag der Herausgebergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Grußwort des Präsidenten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten bereits die zweite Broschüre mit aktuellen Länderdaten zur Gesundheitsökonomie, dem Tätigkeitsfeld einer Arbeitsgruppe der Statistischen Ämter, für die meinem Haus von Beginn an die Federführung obliegt, in Ihren Händen.

Gegenüber der ersten Ausgabe vor einem Jahr wurde diese Publikation erweitert. Sie enthält jetzt auf allen Arbeitsgebieten dieser Arbeitsgruppe einen kompletten Satz an miteinander vergleichbaren Länderdaten. Damit ist es nunmehr möglich, alle 16 Länder auf den drei Gebieten der Gesundheitsökonomie statistisch zu beobachten und deren Daten zu analysieren.

Mit dieser Veröffentlichung liegen Ihnen detaillierte Informationen zum Gesundheitspersonal in allen Bundesländern vor. Sie erfahren, wieviel und von wem Geld für die Gesundheit ausgegeben wird, wie sich diese Kosten in den letzten Jahren entwickelt haben und welche Unterschiede zwischen den Ländern bestehen. Darüber hinaus können Sie ermessen, welche Wachstums- und Beschäftigungseffekte von der Gesundheitswirtschaft ausgehen und welchen Beitrag dieser Querschnittsbereich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Bundesländern leistet.

Der demographische Wandel und die damit verbundene zunehmende Alterung der Bevölkerung rücken nicht nur die regelmäßig steigenden Gesundheitsausgaben verstärkt in das öffentliche Interesse, sondern auch den Gesichtspunkt der Gesunderhaltung bis ins höhere Lebensalter in ein neues Licht. Hinzu kommt der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der Medizin. Behandlungsverfahren und Medikamente, die früher nicht oder höchstens einer begrenzten Zahl von Patienten zugänglich waren, erlangen Breitenwirkung. All diese Entwicklungen bedürfen im Sinne der objektiven Darstellung auch in Zukunft der statistischen Abbildung. Neben dem Kernbereich des Gesundheitswesens, der ambulanten und der stationären Gesundheitsversorgung, haben sich weitere Bereiche in der Wirtschaft entwickelt, die eng mit dem Gesundheitswesen verbunden sind. Letztlich tragen diese Entwicklungen maßgeblich zu Wachstum und Beschäftigung in den Ländern bei.

Ich danke der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AG GGRdL) sowie allen an diesen Arbeiten beteiligten Statistikerinnen und Statistikern ganz herzlich und wünsche viel Erfolg bei der Abbildung und Analyse gesundheitsökonomischer Tatbestände. Ihnen und uns allen wünsche ich beste Gesundheit!

Ihr
Burkhard Müller

Abkürzungsverzeichnis

AK ETR	Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
AG GGRdL	Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder
AK VGRdL	Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
ALK	Amtsleiterkonferenz
BA	Bundesagentur für Arbeit
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BGW	Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege
BWS	Bruttowertschöpfung
ET	Erwerbstätige
GAR	Gesundheitsausgabenrechnung
GGRdL	Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GPR	Gesundheitspersonalrechnung
o. E.	ohne Erwerbszweck
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
VZÄ	Vollzeitäquivalente
WSE	Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz
WZ	Wirtschaftszweig

Inhalt

Grußwort	5
Abkürzungsverzeichnis	6
Abbildungsverzeichnis	8
Einführung zur Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL)	10
1. Gesundheitspersonalrechnung	13
1.1. Methodische Hinweise	13
1.2. Länderergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung	14
1.3. Gesundheitspersonal nach Geschlecht	17
1.4. Gesundheitspersonal nach Einrichtungsarten	18
2. Gesundheitsausgabenrechnung	22
2.1. Methodische Hinweise	22
2.2. Länderergebnisse zu den Gesundheitsausgaben	23
2.3. Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern	24
2.4. Entwicklung der Gesundheitsausgaben je Einwohner	26
2.5. Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt	28
3. Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz	30
3.1. Methodische Hinweise	30
3.2. Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft	31
3.3. Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft und in der Gesamtwirtschaft	34
3.4. Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft	35
Tabellen	38
Anschriften der Statistischen Ämter, die gegenwärtig in der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) mitarbeiten.	64
Kontaktpersonen in den anderen Bundesländern, die zurzeit nicht in der AG GGRdL vertreten sind ..	65

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Gesundheitspersonal 2008 und 2015 nach Ländern	14
Abb. 2	Gesundheitspersonal 2015 nach Ländern	15
Abb. 3	Vollzeitäquivalente im Gesundheitswesen in Deutschland und den Ländern 2015	16
Abb. 4	Gesundheitspersonal 2008 und 2015 nach Ländern und Geschlecht	17
Abb. 5	Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung	18
Abb. 6	Gesundheitspersonal in ambulanten Einrichtungen in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung	20
Abb. 7	Gesundheitspersonal in stationären und teilstationären Einrichtungen in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung	21
Abb. 8	Gesundheitsausgaben 2015 nach Ländern	23
Abb. 9	Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2015 nach Ausgabenträgern	24
Abb. 10	Veränderung der Gesundheitsausgaben je Einwohner in Deutschland und den Ländern 2015 gegenüber 2008 nach ausgewählten Ausgabenträgern	26
Abb. 11	Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2008 und 2015	28
Abb. 12	Mittlere jährliche Wachstumsrate der Gesundheitsausgaben je Einwohner und des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2015	29
Abb. 13	Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft je Einwohner nach Ländern 2015	31
Abb. 14	Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft nach Ländern 2014 und 2016.	32
Abb. 15	Anteil der Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft (in jeweiligen Preisen) 2008 bis 2016 nach Ländern	33
Abb. 16	Mittlere jährliche Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Ge- sundheitswirtschaft je Einwohner und des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen) je Einwohner in den Ländern 2008 bis 2015	34
Abb. 17	Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft nach Ländern 2014 und 2016	35
Abb. 18	Anteil der Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen der Gesamtwirtschaft nach Ländern 2008 bis 2016	36

Einführung zur Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL)

Bei den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen (GGR) handelt es sich um Rechenwerke, die sich mit Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft beschäftigen und gegenwärtig noch entwickelt werden. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen und den dafür eingesetzten Ressourcen sowie zu den zukünftigen Entwicklungstendenzen in der Gesundheitswirtschaft bereit. Sie geben somit Auskunft über die Leistungsfähigkeit und die wirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft.

Nicht nur auf der Bundesebene sondern auch auf Länderebene steigt die Nachfrage nach einer regelmäßigen Bereitstellung von Informationen als Grundlage für Entscheidungen zur Gestaltung der regionalen Gesundheitspolitik. Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder stellen hierfür eine wesentliche Datenquelle dar.

Möglichkeiten zur Durchführung regionaler Gesundheitsökonomischer Gesamtrechnungen wurden ab Ende 2004 zunächst im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) erörtert und analysiert. An diesen Arbeiten war das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen federführend beteiligt. Als Folge dessen kam es im Jahr 2007 in Sachsen zur Institutionalisierung der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen, indem eine entsprechende Referentenstelle eingerichtet wurde. Der fachliche Schwerpunkt lag zuerst beim „Wirtschaftsfaktor Gesundheitswirtschaft“, das heißt, bei der Ermittlung der Wertschöpfung und der Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft. In dem Zusammenhang beteiligte sich das Amt 2008/2009 an dem Projekt „Vergleich der Gesundheitsregionen“ in Kooperation mit der TU Darmstadt. Ein von Dr. Anja Ranscht¹⁾ und Dr. Dennis Ostwald²⁾ entwickelter Ansatz zur Ermittlung der Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft wurde im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen institutionalisiert und später weiterentwickelt.

Auch in anderen Ländern wurden verschiedene Arbeiten durchgeführt, etwa in Form von Datenaufbereitungen und -bereitstellungen für gesundheitsökonomische Studien, die von den jeweiligen Länderministerien veranlasst waren. Einige Statistische Landesämter führten selbst Berechnungen zu den Gesundheitsausgaben, zum Gesundheitspersonal bzw. zur Gesundheitswirtschaft ihrer Länder nach jeweiligen länderspezifischen Erfordernissen und Vorgaben durch, zum Beispiel Baden-Württemberg³⁾ oder Hessen.⁴⁾

Nach der Vorlage erster Ergebnisse verständigten sich die damals auf diesem Gebiet tätigen Statistischen Ämter der Länder im Jahr 2009 darauf, der Amtsleiterkonferenz den Vorschlag zu unterbreiten, eine eigenständige Arbeitsgruppe für die regionalen Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen zu gründen. Auf der Amtsleiterkonferenz (ALK) am 10./11. November 2009 wurde dieser Vorschlag aufgegriffen und die Gründung einer Arbeitsgruppe „Gesundheits-

1) Ranscht, A., 2009. Quantifizierung regionaler Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft – am Beispiel ausgewählter Metropolregionen, Medizinische Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft Berlin, Berlin.

2) Ostwald, D. A., 2008. Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft in Deutschland, Medizinische Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Berlin.

3) Knödler, R., 2010. Gesundheitsausgaben und Gesundheitspersonal in Baden-Württemberg 2008, Statistisches Monatsheft 12/2010, S. 23-28.

4) Hessisches Statistisches Landesamt, 2010. Gesundheitswirtschaft in Hessen – volkswirtschaftliche Potenziale eines Zukunftsmarktes, Wiesbaden.

ökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AG GGRdL) beschlossen. Die konstituierende erste Sitzung dieser Arbeitsgruppe fand am 27./28. Januar 2010 in Dresden mit Vertretern der Statistischen Landesämter Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen sowie des Statistischen Bundesamtes statt. Das sächsische Statistische Landesamt nimmt seitdem die Federführung dieser Arbeitsgruppe wahr. Im Jahresverlauf 2010 kam dann das Statistische Landesamt für Nordrhein-Westfalen (IT NRW) zur AG, hatte anfangs einen Beobachterstatus und wurde später Vollmitglied.

Zu Beginn verständigte man sich auf Ziele, Rahmenbedingungen, Definitionen sowie inhaltliche Handlungsfelder und weitere Aspekte der Zusammenarbeit und entwickelte Handlungsstrategien. Schwerpunkte der Arbeiten der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder sind:

- die Gesundheitspersonalrechnung (GPR)
- die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR)
- der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE)

Auf Basis früherer Arbeiten wurden durch die AG sowohl für die Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern als auch für die Gesundheitspersonalrechnung sukzessive so genannte länderübergreifende Ansätze erarbeitet, die es gestatten, nach Bereitstellung eines aktuellen Bundesergebnisses effektiv und effizient miteinander vergleichbare Länderergebnisse zu den Gesundheitsausgaben und zum Gesundheitspersonal zu ermitteln. Die Berechnungen erfolgten dabei für beide Aufgabenbereiche zunächst an zentraler Stelle in Sachsen. Im Jahr 2016 übernahm Bayern die Durchführung der Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern.

Die Statistischen Ämter von Bayern, von Berlin und Brandenburg sowie von Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten seit 2015 in der AG mit. Damit sind ab dem Jahr 2015 bereits elf von sechzehn Ländern in der AG vertreten. Die Beteiligung dieser Ämter ist insbesondere das Ergebnis der erneuten Behandlung des Themas „Regionale Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen“ auf der Amtsleiterkonferenz im Herbst 2014. Hier wurde von den bisher geleisteten Arbeiten zur Entwicklung länderübergreifender Ansätze und den bereits vorliegenden miteinander vergleichbaren Länderergebnissen zu den Gesundheitsausgaben und zum Gesundheitspersonal berichtet. Die Nachhaltigkeit der Berechnungen ist durch die vorliegenden Methodendokumentationen gegeben.

Die Arbeiten der AG auf diesen beiden Tätigkeitsfeldern führten dazu, dass erste Themenfelder bzw. Indikatoren der Gesundheitsberichterstattung der Länder bedient werden können.

Einen Schwerpunkt der Arbeiten seit Ende 2015 bildete die Weiterentwicklung der Rechenwerke zur Ermittlung der Erwerbstätigenzahl und der Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft als länderübergreifender Ansatz. Mit der Einführung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, in der amtlichen

Statistik und mit den letzten beiden Generalrevisionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Erwerbstätigenrechnung war eine grundlegende Neubearbeitung der früher geschaffenen Rechenwerke des Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatzes (WSE) erforderlich. Der von der AG verfolgte Ansatz zur wirtschaftsbereichsbezogenen Ermittlung von Wachstums- und Beschäftigungseffekten der Gesundheitswirtschaft berücksichtigt zum einen die Datenlage auf regionaler Ebene und stellt zum anderen Ergebnisse bereit, die konsistent zu den amtlichen Regionaldaten der Bruttowertschöpfung bzw. des Bruttoinlandsprodukts und der Erwerbstätigenzahl der Arbeitskreise VGRdL bzw. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder sind. Auf diesem Gebiet erhielt die AG GGRdL im Jahr 2016 das Mandat der Amtsleiter, für alle sechzehn Bundesländer regelmäßig miteinander vergleichbare Länderergebnisse zu Wertschöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft zu ermitteln und zu veröffentlichen. Dies erfolgte bisher in den Jahren 2016 und 2017.

Aufgrund des von verschiedenen Datennutzern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft gegenüber der AG GGRdL vorgebrachten Datenbedarfs an vergleichbaren Regionalergebnissen der Gesundheitsökonomik (Gesundheitsausgabenrechnung, Gesundheitspersonalrechnung sowie Ermittlung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft) für alle sechzehn Bundesländer, verständigten sich die Leiter der Statistischen Ämter der Länder im März 2017, der AG GGRdL das Mandat zu erteilen, künftig für alle drei Arbeitsgebiete einen kompletten Satz an Länderergebnissen zur Verfügung zu stellen. Zeitgleich wurde das Statistische Landesamt Bremen aktives Mitglied in der AG GGRdL. Somit arbeiten nunmehr zwölf Länder in dieser AG mit.

Unmittelbar nach dem Beschluss der Amtsleiter wurden in die Berechnungen zum Gesundheitspersonal und zu den Gesundheitsausgaben alle Länder einbezogen, sodass bereits im Jahr 2017 auch für diese beiden Arbeitsgebiete ein kompletter Satz an Länderergebnissen vorgelegt werden konnte. In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung werden daher erstmals für alle sechzehn Bundesländer miteinander vergleichbare Länderdaten in Form von Zeitreihen ab dem Jahr 2008 zum Gesundheitspersonal nach Einrichtungen, zu den Gesundheitsausgaben nach Trägern und zu Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft publiziert. Als Excel-Tabellen sind sämtliche Länderergebnisse auf der Homepage der AG GGRdL – www.ggrdl.de – abrufbar.

1. Gesundheitspersonalrechnung

1.1. Methodische Hinweise

Die Gesundheitspersonalrechnung (GPR) der Länder stellt die im Gesundheitswesen (einschließlich der Vorleistungseinrichtungen) tätigen Beschäftigten dar, und zwar nach Einrichtungsarten, Geschlecht und in Form von Vollzeitäquivalenten. In ihrer Methodik lehnt sich die Gesundheitspersonalrechnung der Länder an die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes an.

Die Gliederung der Einrichtungsarten der GPR richtet sich nach der Klassifikation der Gesundheitsrechnungssysteme des Statistischen Bundesamtes, die wiederum auf der Klassifikation der Gesundheitseinrichtungen (System of Health Accounts) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) basiert.⁵⁾ Das Gesundheitswesen der GPR ist daher nicht identisch mit der Abteilung 86 der aktuellen Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008). Die Einrichtungsarten des Gesundheitswesens umfassen den Gesundheitsschutz, die ambulanten Einrichtungen, die stationären und teilstationären Einrichtungen, die Rettungsdienste, die Vorleistungseinrichtungen, die Verwaltung und die sonstigen Einrichtungen.

Im Rahmen der GPR werden Beschäftigte insgesamt, weibliche Beschäftigte und Vollzeitäquivalente berechnet. Unter Beschäftigten werden in der GPR Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Somit werden Personen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen mehrfach gezählt. Dies ist ein anderes Vorgehen als in der Erwerbstätigenrechnung, in der Personen mit ihrer überwiegenden Tätigkeit nur einmal gezählt werden. Bei der Zahl der Vollzeitäquivalente handelt es sich um eine hypothetische Größe, die angibt, wie viele Vollzeitstellen sich umgerechnet aus den Beschäftigungsverhältnissen ergeben würden.

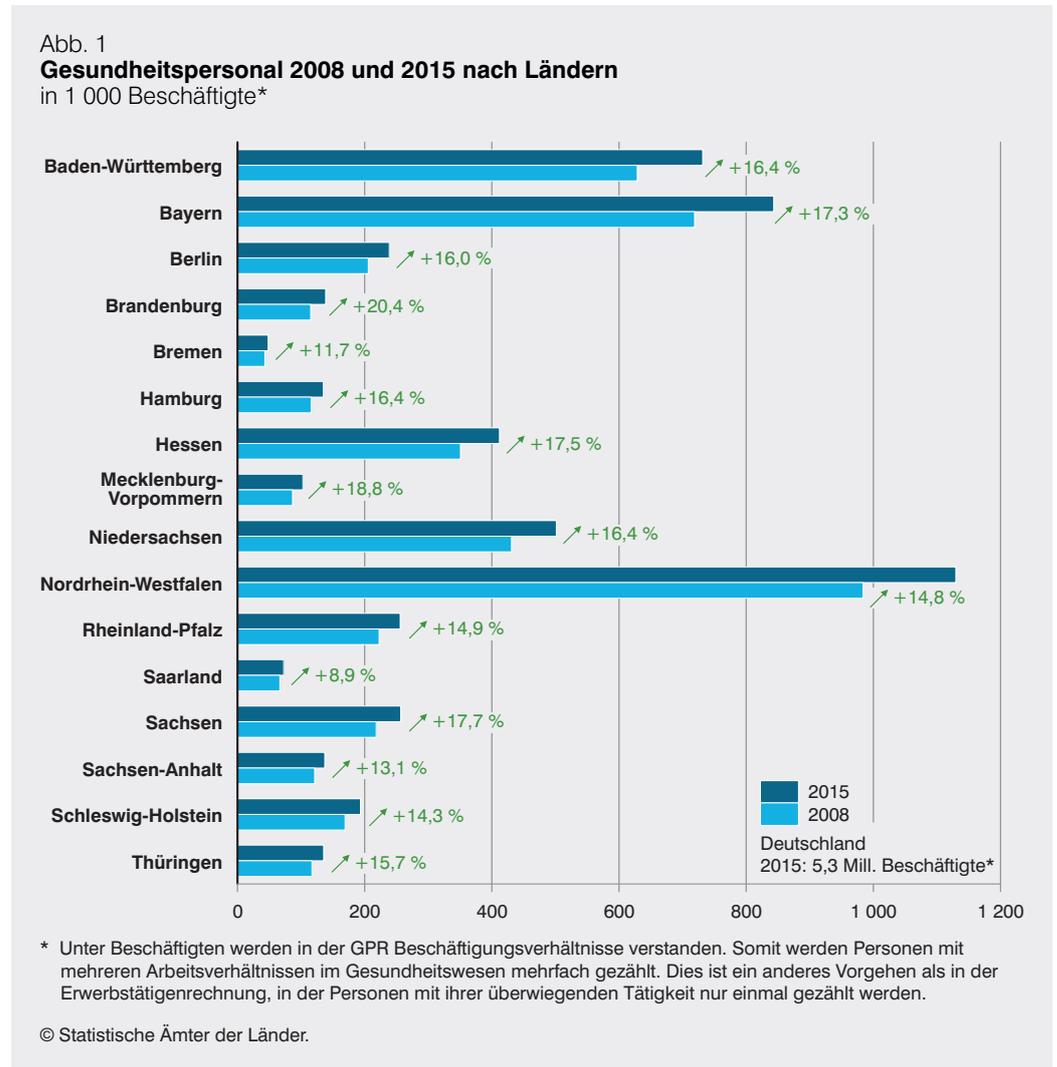
Auf Basis verschiedener Datenquellen wird das Gesundheitspersonal in einer Kombination aus Top-down- und Bottom-up-Ansatz berechnet. Zu den wichtigsten Datenquellen gehören die Krankenhaus- und die Pflegestatistik des Bundes und der Länder, die Ärztestatistik der Bundes- und Landes-(zahn-)ärztekammern, die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und die Mitgliederstatistik der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW).⁶⁾

In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter der Länder werden Ergebnisse der GPR für die Jahre 2008 bis 2015 mit Berechnungsstand Januar 2017 dargestellt.

5) OECD, Eurostat, WHO, 2011. A System of Health Accounts, OECD Publishing, Paris.

6) Für eine ausführliche Beschreibung der Vorgehensweise sei auf die Methodenbeschreibung der AG GGRdL verwiesen. Verfügbar unter: www.ggrdl.de/GGR/P_P_VI_meth_2017.pdf

1.2. Länderergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung



In Deutschland waren 2015 rund 5,3 Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen tätig. Die meisten davon arbeiteten in Nordrhein-Westfalen (1,1 Millionen Beschäftigte), dem bevölkerungsreichsten Bundesland. In Bremen, dem Bundesland mit der geringsten Bevölkerungszahl, gab es die wenigsten Beschäftigten im Gesundheitswesen⁷⁾ (48 200 Beschäftigte).

In allen Bundesländern wuchs die Zahl des Gesundheitspersonals im Zeitraum von 2008 bis 2015 deutlich an. Dabei lag die Spannweite zwischen 8,9 Prozent im Saarland und 20,4 Prozent in Brandenburg.

7) In der Abgrenzung nach SHA (System of Health Accounts).

Abb. 2
Gesundheitspersonal 2015 nach Ländern
 je 1 000 Einwohner



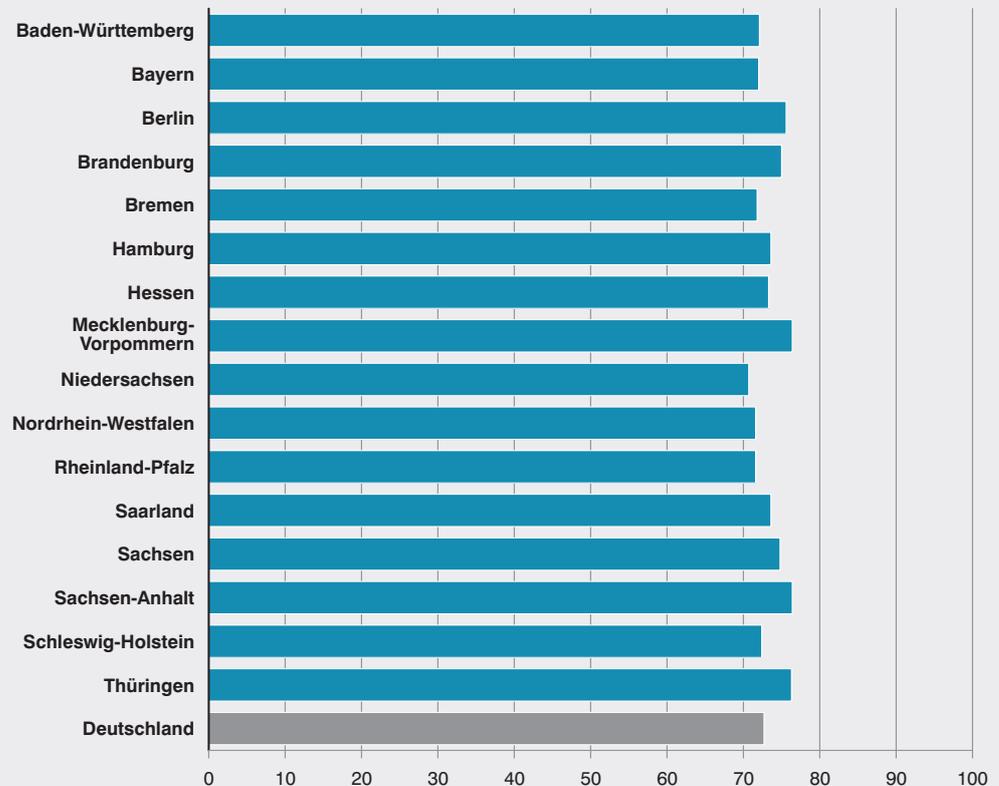
Gesundheitspersonal
 je 1 000 Einwohner

55 bis unter 60
60 bis unter 65
65 bis unter 70
70 bis unter 75
75 bis unter 80

© Statistische Ämter der Länder.

Im Jahr 2015 kamen in Deutschland durchschnittlich 65 Beschäftigte im Gesundheitswesen auf 1 000 Einwohner. In Hamburg gab es mit 76 die meisten und in Brandenburg mit 56 die wenigsten Beschäftigten je 1 000 Einwohner. In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) sowie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz waren maximal 64, in den übrigen Bundesländern mindestens 66 Beschäftigte je 1 000 Einwohner tätig.

Abb. 3
Vollzeitäquivalente im Gesundheitswesen in Deutschland und den Ländern 2015
 je 100 Beschäftigte*



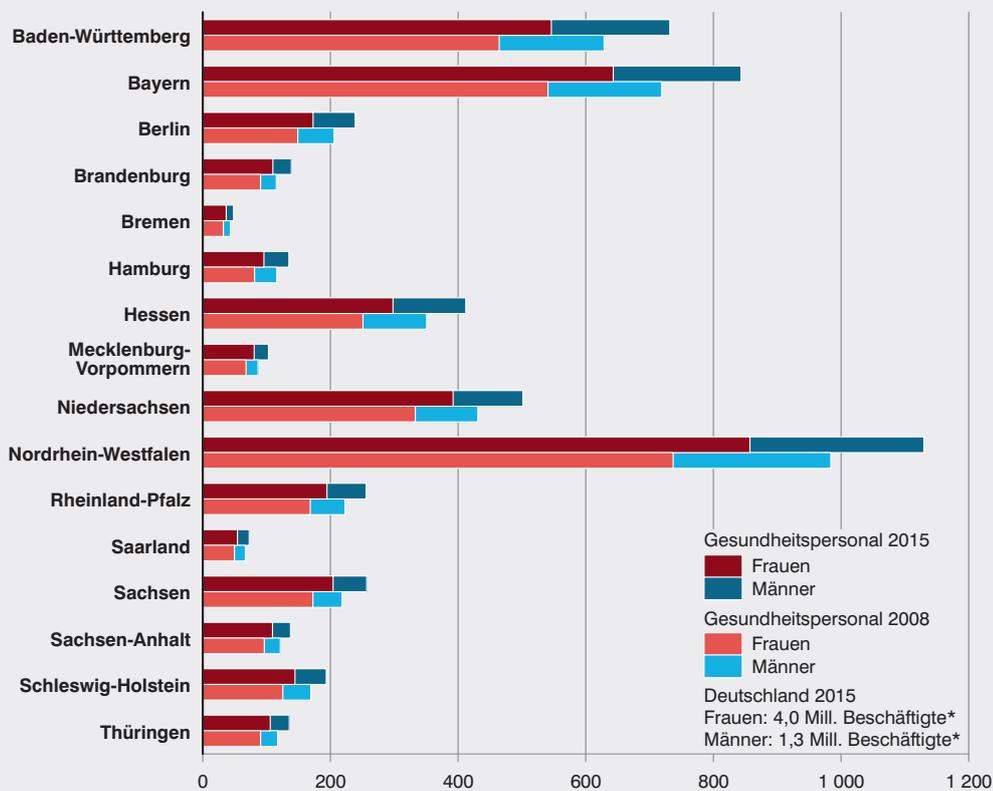
* Unter Beschäftigten werden in der GPR Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Somit werden Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen im Gesundheitswesen mehrfach gezählt. Dies ist ein anderes Vorgehen als in der Erwerbstätigenrechnung, in der Personen mit ihrer überwiegenden Tätigkeit nur einmal gezählt werden.

© Statistische Ämter der Länder.

Zwischen den Ländern bestanden 2015 nur geringe Unterschiede bei den Vollzeitäquivalenten. Das Vollzeitäquivalent berechnet sich anhand der geleisteten Arbeitsstunden geteilt durch die durchschnittliche Stundenzahl einer Vollzeitbeschäftigung. Die Ergebnisse legen einen höheren Stellenwert der Teilzeitbeschäftigung in den alten Bundesländern als in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) nahe. Während in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt 2015 jeweils 76,4 und damit die meisten Vollzeitäquivalente auf 100 Beschäftigte kamen, wies Niedersachsen mit 70,7 Vollzeitäquivalenten je 100 Beschäftigte den niedrigsten Wert auf.

1.3. Gesundheitspersonal nach Geschlecht

Abb. 4
Gesundheitspersonal 2008 und 2015 nach Ländern und Geschlecht
 in 1 000 Beschäftigte*



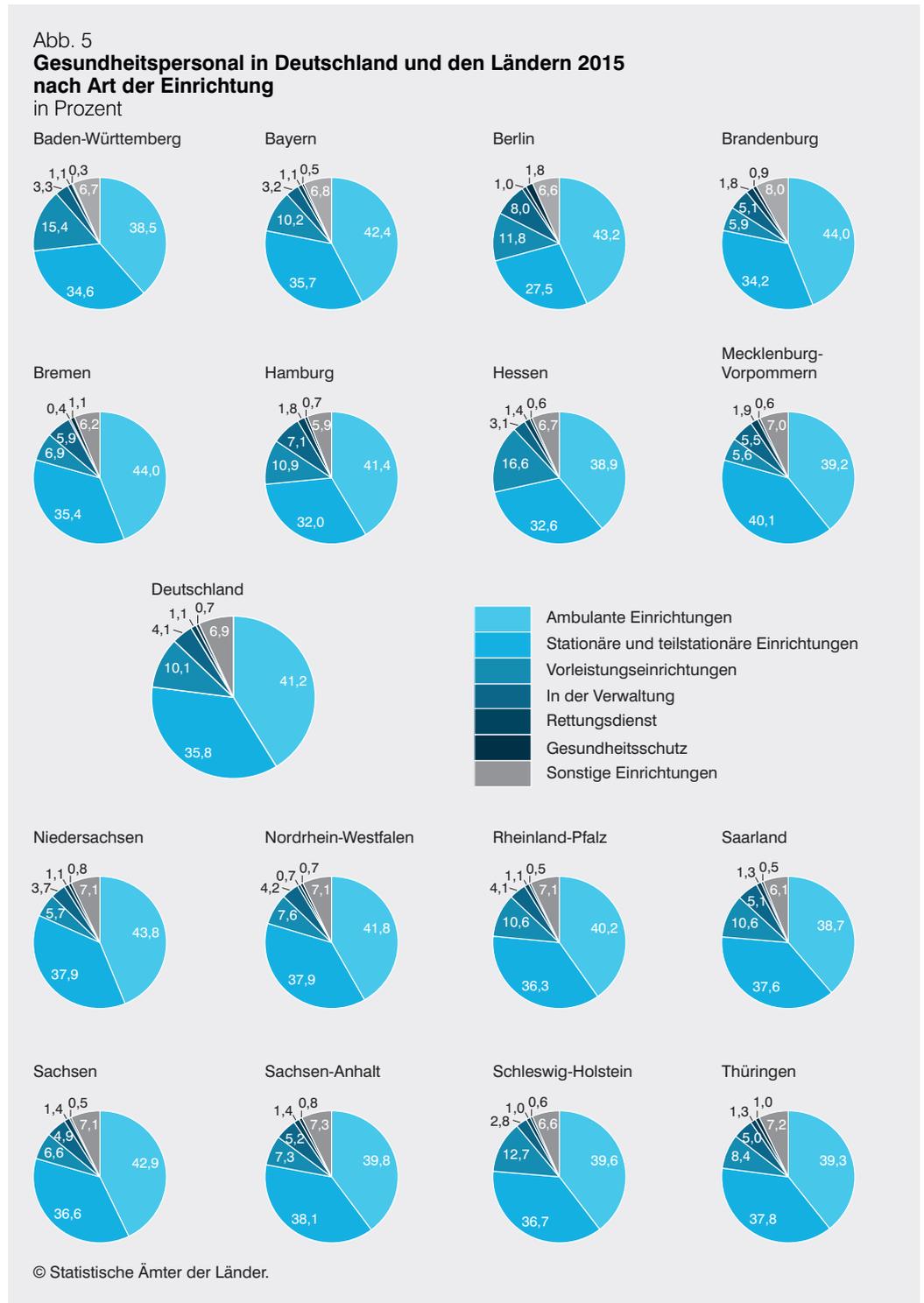
* Unter Beschäftigten werden in der GPR Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Somit werden Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen im Gesundheitswesen mehrfach gezählt. Dies ist ein anderes Vorgehen als in der Erwerbstätigenrechnung, in der Personen mit ihrer überwiegenden Tätigkeit nur einmal gezählt werden.

© Statistische Ämter der Länder.

Das Gesundheitswesen zeichnet sich durch einen hohen Anteil weiblichen Personals aus. In Deutschland waren 2015 rund vier Millionen Beschäftigte bzw. 75,8 Prozent des Gesundheitspersonals weiblich. Am niedrigsten fiel der Frauenanteil im Gesundheitswesen in Hamburg (71,0 Prozent), am höchsten in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit jeweils 79,5 Prozent aus.

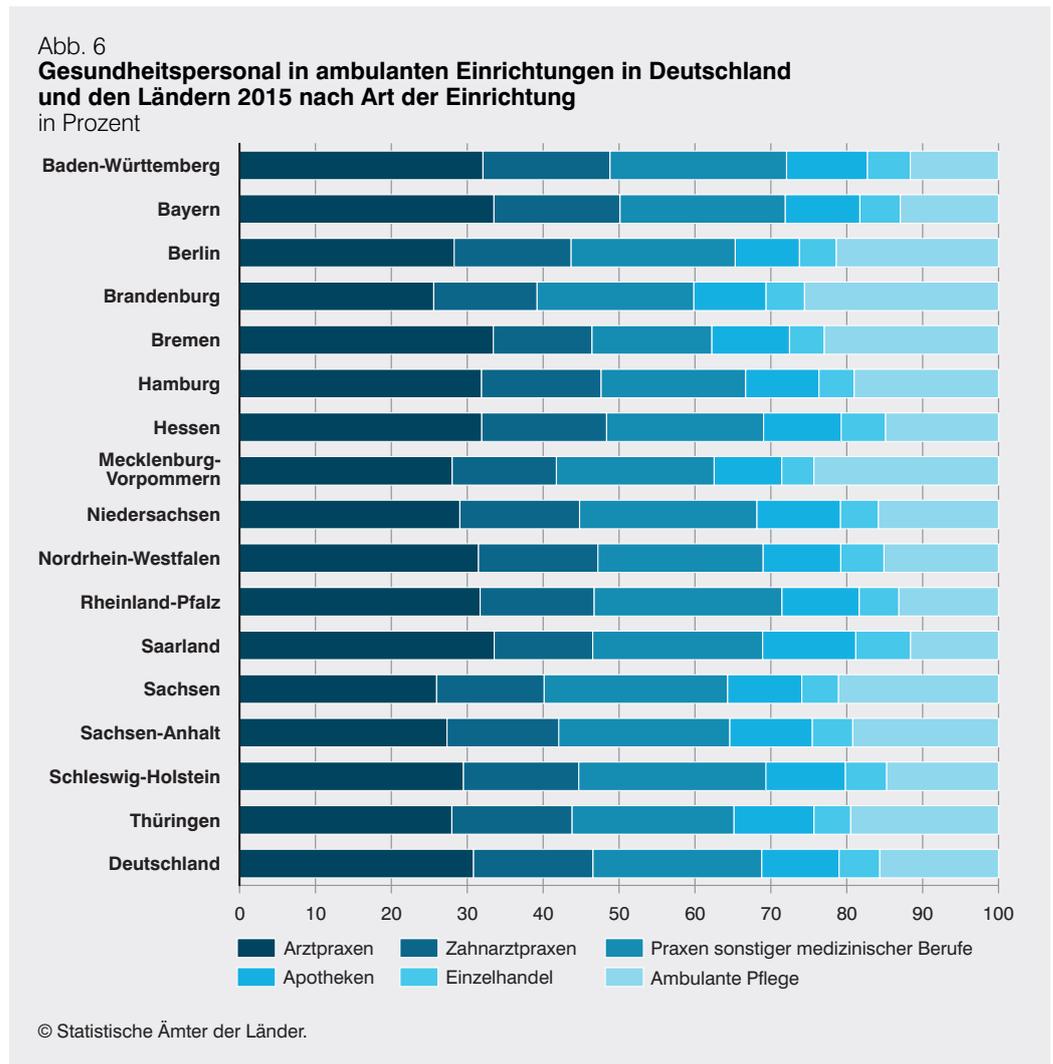
Zwischen 2008 und 2015 nahm der Anteil des weiblichen Gesundheitspersonals an allen Beschäftigten des Gesundheitswesens in fast allen Bundesländern zu. Der größte Zuwachs wurde in Bremen (1,2 Prozentpunkte) und der niedrigste in Berlin (0,1 Prozentpunkte) verzeichnet. In Mecklenburg-Vorpommern blieb der Anteil der weiblichen Beschäftigten am gesamten Gesundheitspersonal nahezu unverändert.

1.4. Gesundheitspersonal nach Einrichtungsarten



Das Gesundheitspersonal ist in den Bundesländern ähnlich auf die verschiedenen Einrichtungsarten aufgeteilt. In Abbildung 5 wird ersichtlich, dass – außer in Mecklenburg-Vorpommern – die ambulanten Einrichtungen 2015 in jedem Bundesland die größten und die stationären sowie teilstationären Einrichtungen der

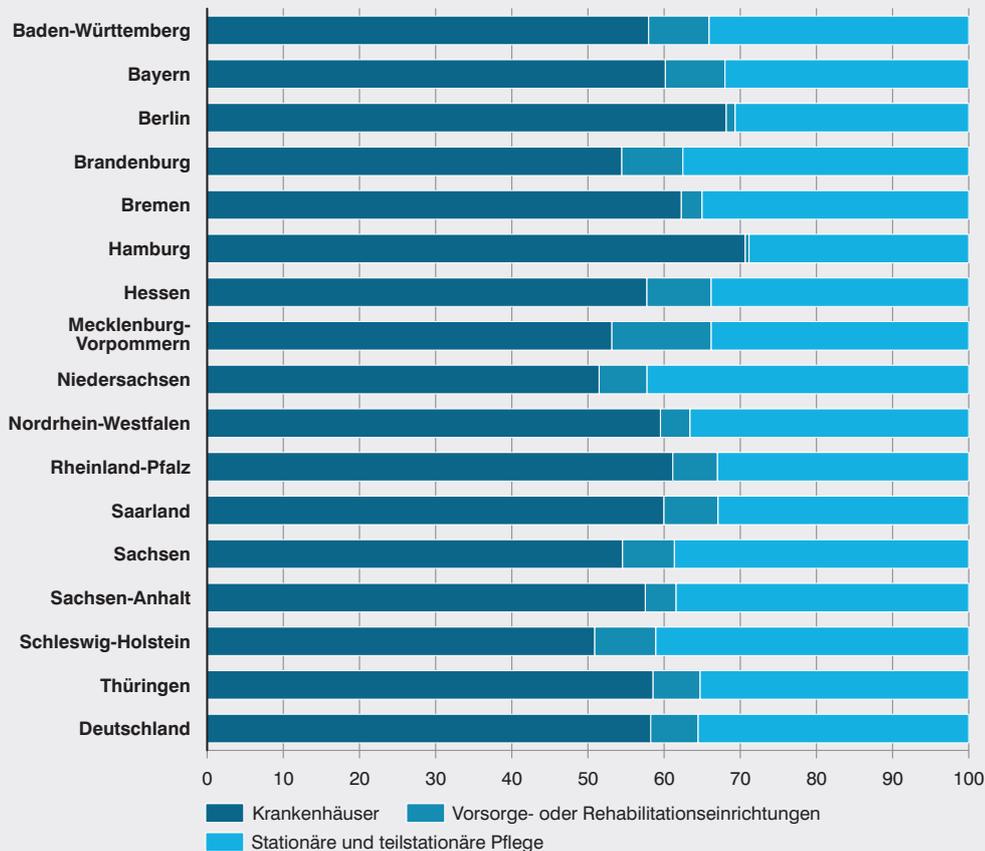
zweitgrößte Arbeitgeber im Gesundheitswesen waren. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Reihenfolge umgekehrt. Den drittgrößten Anteil wiesen – außer in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt – die Vorleistungseinrichtungen auf. In Sachsen-Anhalt beschäftigten die Vorleistungseinrichtungen und die sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens jeweils 7,3 Prozent des Gesundheitspersonals im Land. In den übrigen vier Ländern waren die sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens der drittgrößte Arbeitgeber.



Bei gesonderter Betrachtung des Gesundheitspersonals in den ambulanten Einrichtungen zeigt sich, dass der größte Teil der Beschäftigten 2015 in allen Bundesländern – außer Brandenburg – in Arztpraxen arbeitete. In Brandenburg wiesen die Arztpraxen und die Einrichtungen der ambulanten Pflege mit jeweils gut einem Viertel des Gesundheitspersonals den größten Anteil bezüglich der ambulanten Einrichtungen auf. Das war zugleich der geringste Wert für die Arztpraxen im Vergleich der Bundesländer. Der höchste Anteil der Arztpraxen unter den Bundesländern ergab sich im Saarland, in Bayern und in Bremen mit gut einem Drittel. In allen Bundesländern waren die wenigsten Beschäftigten im Einzelhandel tätig. Für das Jahr 2015 ergab sich hier eine Spannweite zwischen 4,2 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und 7,2 Prozent im Saarland.

Abb. 7

Gesundheitspersonal in stationären und teilstationären Einrichtungen in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung in Prozent



© Statistische Ämter der Länder.

Größere Unterschiede ergeben sich auch beim Bundesländervergleich des Gesundheitspersonals, wenn die stationären und teilstationären Einrichtungen separat betrachtet werden. Im Jahr 2015 arbeitete zwar mehr als die Hälfte der Beschäftigten dieser Einrichtungsart in jedem Land in Krankenhäusern, die Anteile streuen jedoch zwischen 50,9 Prozent in Schleswig-Holstein und 70,7 Prozent in Hamburg. In den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen waren die wenigsten Beschäftigten der stationären und teilstationären Einrichtungen tätig. Den geringsten Anteil wies 2015 Hamburg mit 0,5 Prozent und den höchsten Mecklenburg-Vorpommern mit 13 Prozent auf.

2. Gesundheitsausgabenrechnung

2.1. Methodische Hinweise

Die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR) der Länder bildet derzeit die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen im Gesundheitswesen nach Ausgabenträgern ab. Die Methodik lehnt sich eng an die Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes an. Die Abgrenzung der Gesundheitsausgaben in der GAR der Länder und des Bundes beruht auf dem „System of Health Accounts“, welches von der OECD, der WHO und Eurostat zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit empfohlen wird.⁸⁾

Zu den Gesundheitsausgaben zählen alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, die Kosten der Verwaltung sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens.⁹⁾ Räumlich bezieht sich die Erfassung der Gesundheitsausgaben auf die Käufe der inländischen Bevölkerung. Inhaltlich werden nur die Transaktionen für die letzte Verwendung erfasst. Ein direkter Patientenbezug muss daher im Regelfall gegeben sein. Nicht dargestellt werden hier die Ausgaben des erweiterten Leistungsbereichs des Gesundheitswesens, zu denen Einkommensleistungen, Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen sowie Leistungen für Forschung und Ausbildung im Gesundheitswesen zählen. In der GAR wird zwischen acht Ausgabenträgern unterschieden. Dazu zählen alle öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren. Dies sind die öffentlichen Haushalte, die gesetzliche Krankenversicherung, die soziale Pflegeversicherung, die gesetzliche Rentenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung, die private Krankenversicherung, die Arbeitgeber sowie die privaten Haushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Gesundheitsausgaben werden auf Basis verschiedener Datenquellen ermittelt. Dabei wird eine Kombination aus Top-down- und Bottom-up-Ansatz verwendet. Zu den wichtigsten Datenquellen gehören die Ergebnisse verschiedener amtlicher Statistiken des Bundes und der Länder, die Gesundheitsberichterstattung des Bundes und die Angaben des GKV-Spitzenverbands zu Ausgaben und Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung.¹⁰⁾

In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter der Länder werden die Ergebnisse der GAR für die Jahre 2008 bis 2015 mit dem Berechnungsstand Februar 2017 dargestellt.

8) OECD, Eurostat, HO (2011), A System of Health Accounts, OECD Publishing, Paris.

9) Weigel, J., Meise, S. und Richter, B.; 2014, Gesundheitsausgaben im Ländervergleich 2008 bis 2012 – Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes, in: Statistik in Sachsen 2/2014, S.38-47.

10) Für eine ausführliche Beschreibung der Vorgehensweise sei auf die Methodenbeschreibung der AG GRdL verwiesen. Verfügbar unter: www.ggrdl.de/GGR/A_P_VI_meth_2017.pdf

2.2. Länderergebnisse zu den Gesundheitsausgaben

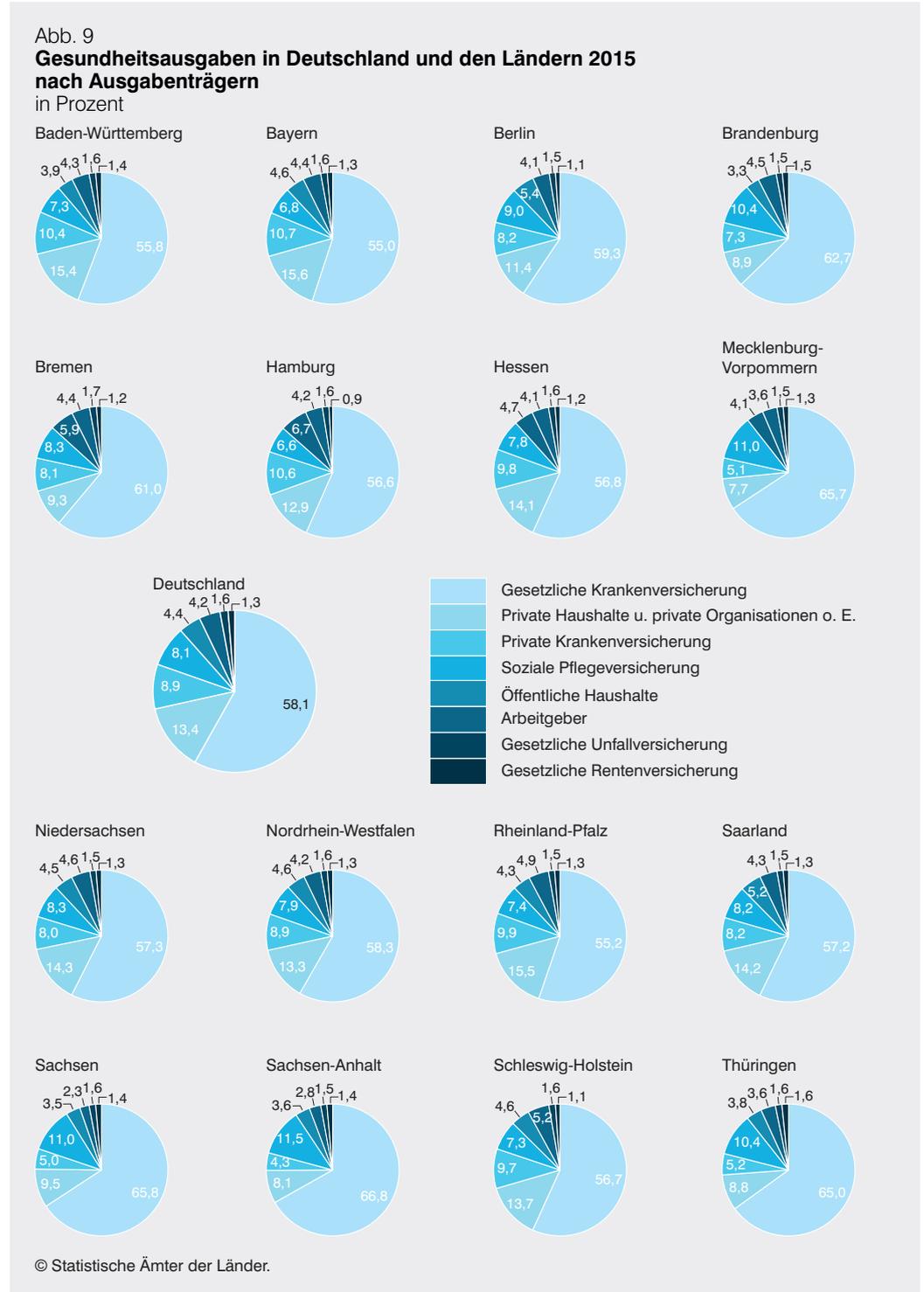
Abb. 8
Gesundheitsausgaben 2015 nach Ländern
 in Euro je Einwohner



© Statistische Ämter der Länder.

Die Höhe der Pro-Kopf-Ausgaben schwankte 2015 zwischen 3 794 € in Bremen und 4 483 € in Brandenburg. Beim Blick auf die Zeitreihe (vgl. Tabellenteil) ist ersichtlich, dass diese beiden Länder im Zeitraum 2008 bis 2015 stets das Minimum und Maximum bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit aufwiesen. Der Bundesdurchschnitt lag 2015 bei 4 213 €.

2.3. Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern



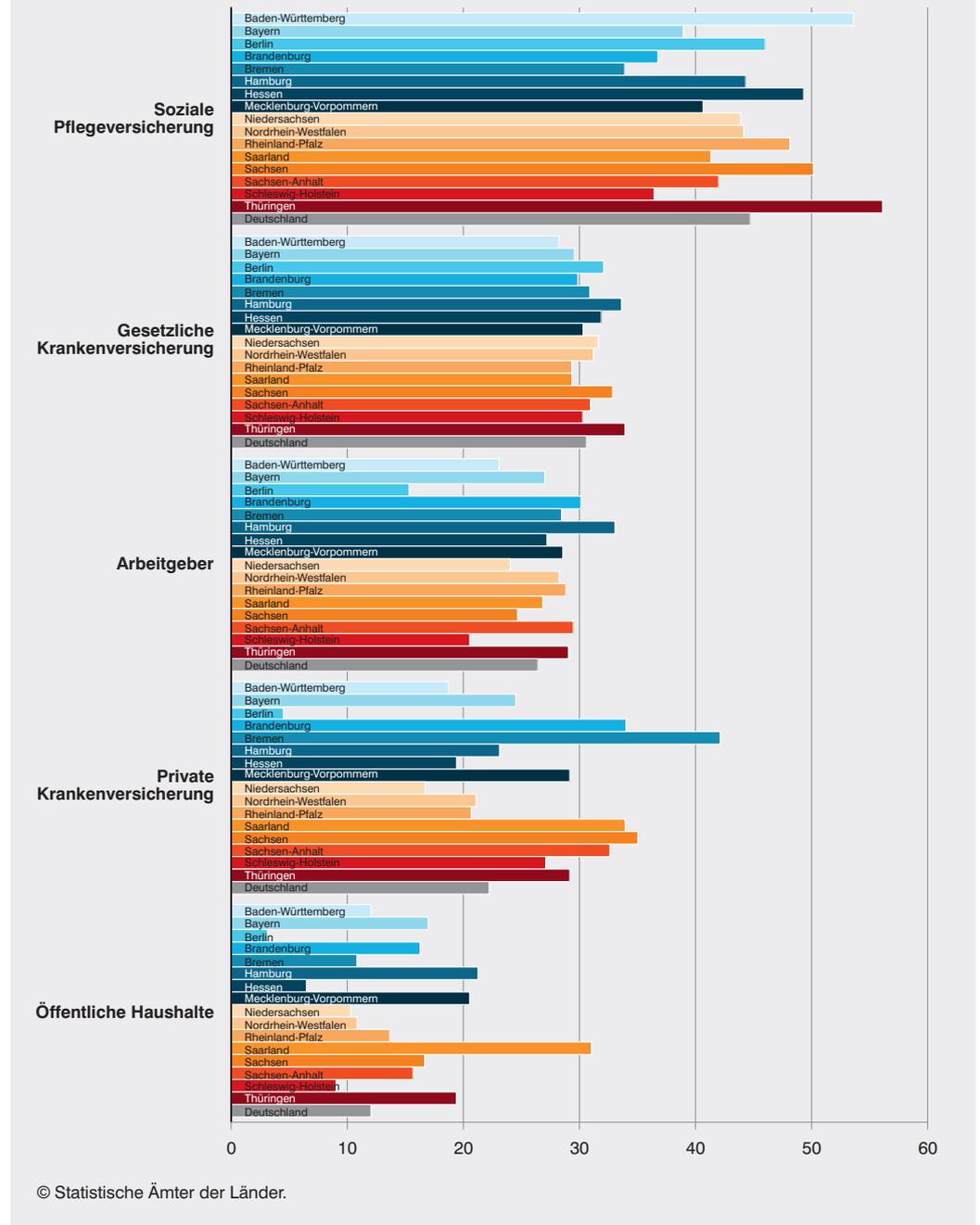
Die deutschen Bundesländer haben hinsichtlich der Verteilung der Gesundheitsausgaben auf die Ausgabenträger die Gemeinsamkeit, dass die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) 2015 mit jeweils über 50 Prozent den größten Anteil der Ausgaben trug. In Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

lag der Anteil der GKV allerdings nur bei 55,0 bis 55,8 Prozent. Dagegen wurden in Sachsen-Anhalt die Gesundheitsausgaben zu 66,8 Prozent von der GKV getragen. Auch in den anderen neuen Ländern kamen die GKV-Anteile nahe an diese Größenordnung heran.

Dafür lagen in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen die Anteile der privaten Krankenversicherung (PKV) an den Gesundheitsausgaben mit höchstens 5,2 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (8,9 Prozent), während die PKV-Anteile in Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg jeweils über zehn Prozent betragen.

2.4. Entwicklung der Gesundheitsausgaben je Einwohner

Abb. 10
Veränderung der Gesundheitsausgaben je Einwohner in Deutschland und den Ländern 2015 gegenüber 2008 nach ausgewählten Ausgabenträgern in Prozent



Die Pro-Kopf-Ausgaben der hier betrachteten Ausgabenträger haben sich zwischen 2008 und 2015 sehr unterschiedlich entwickelt. Mit einer Zunahme um 44,7 Prozent im Bundesschnitt seit 2008 wies die soziale Pflegeversicherung (SPV) den größten Wert auf. In Thüringen, Baden-Württemberg und Sachsen

hatten die Ausgaben der SPV im betrachteten Zeitraum sogar um mehr als die Hälfte zugenommen. In Bremen war der Zuwachs mit 33,9 Prozent am niedrigsten. Die GKV hatte seit 2008 deutschlandweit um 30,6 Prozent höhere Gesundheitsausgaben pro Kopf zu verzeichnen. Die Werte der 16 Bundesländer lagen dabei im Bereich zwischen 28,2 Prozent in Baden-Württemberg und 33,9 Prozent in Thüringen. Deutlich stärker streuten die Zuwachsraten der PKV-Ausgaben pro Kopf. In Berlin war das Wachstum dieser Gesundheitsausgaben mit 4,5 Prozent am geringsten und in Bremen mit 42,1 Prozent bundesweit am höchsten. Ähnlich verhielt sich die Entwicklung bei den Pro-Kopf-Ausgaben der öffentlichen Haushalte. In Berlin waren die Ausgaben dieses Ausgabenträgers von 2008 bis 2015 um lediglich 3,1 Prozent gestiegen, im Saarland dagegen um 31,0 Prozent. Die Arbeitgeber hatten 2015 im Vergleich zu 2008 um 26,4 Prozent höhere Pro-Kopf-Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die Spannweite reichte hier von 15,3 Prozent in Berlin bis 33,1 Prozent in Hamburg.

2.5. Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt

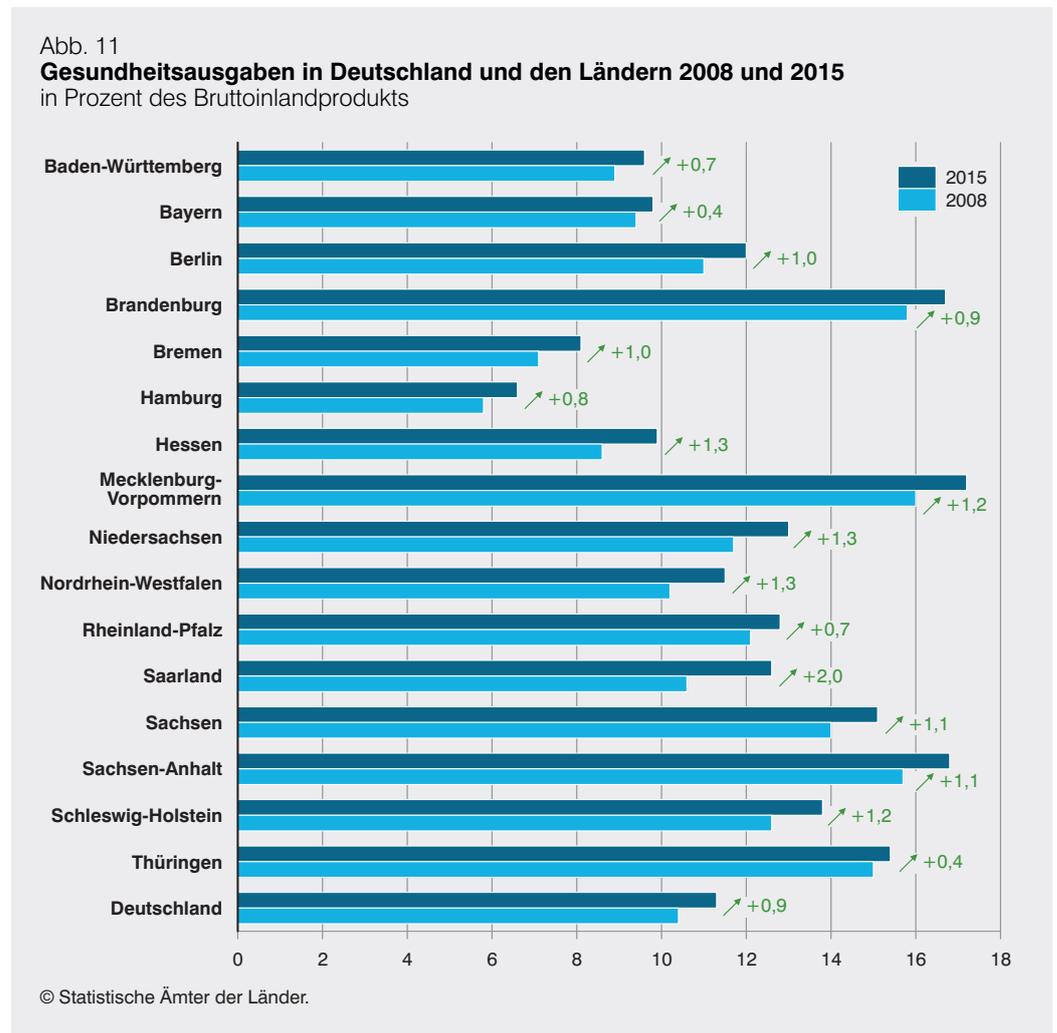


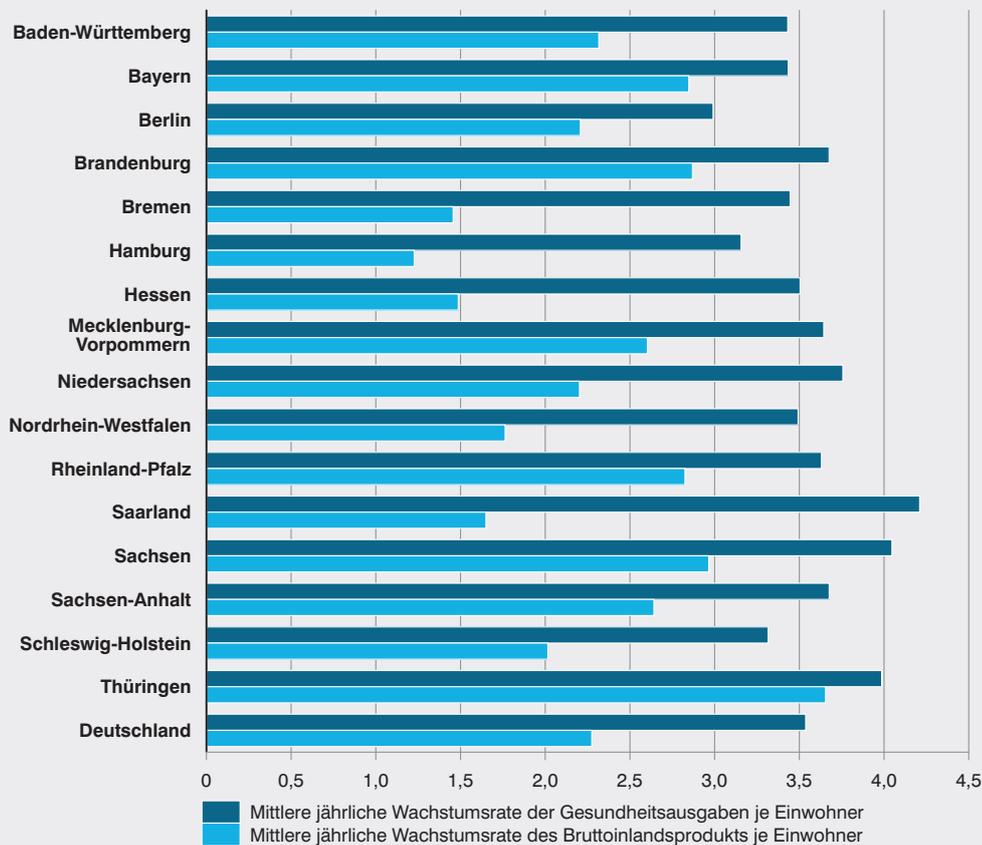
Abbildung 11 weist den relativen Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP in jeweiligen Preisen) für die Jahre 2008 und 2015 aus, man spricht auch von der sogenannten Gesundheitsausgabenquote.¹¹⁾ Während sich das Niveau dieser Kennzahl zwischen den Ländern deutlich unterscheidet, hat die Gesundheitsausgabenquote jedoch in allen 16 Bundesländern von 2008 auf 2015 zugenommen. Im Saarland war der Zuwachs mit 2,0 Prozentpunkten am höchsten, in Bayern und Thüringen mit jeweils 0,4 Prozentpunkten am niedrigsten. In Deutschland nahm die Gesundheitsausgabenquote zwischen 2008 und 2015 von 10,4 Prozent auf 11,3 Prozent zu. Den höchsten Wert hatte die Kennzahl sowohl 2008 als auch 2015 in Mecklenburg-Vorpommern mit 16,0 bzw. 17,2 Prozent. In Hamburg war der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP 2008 mit 5,8 Prozent und 2015 mit 6,6 Prozent jeweils am geringsten.

11) Hierbei ist zu beachten, dass die Gesundheitsausgaben auf dem Inländerkonzept und das BIP auf dem Inlandskonzept basiert.

Abb. 12

Mittlere jährliche Wachstumsrate der Gesundheitsausgaben je Einwohner und des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2015

in Prozent



© Statistische Ämter der Länder.

Beim Vergleich der mittleren jährlichen Wachstumsrate der Gesundheitsausgaben je Einwohner und des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen je Einwohner von 2008 bis 2015 wird der Sachverhalt, dass die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben stärker angewachsen sind als das Pro-Kopf-BIP, deutlich. Der jährliche Zuwachs des Pro-Kopf-BIP lag dabei in den Ländern zwischen 1,2 und 3,7 Prozent, die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben sind im Mittel zwischen 3,0 und 4,2 Prozent jährlich angestiegen. In Thüringen unterscheiden sich die Werte des mittleren jährlichen Zuwachses mit 3,7 Prozent beim BIP und 4,0 Prozent bei den Gesundheitsausgaben am wenigsten.

3. Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz

3.1. Methodische Hinweise

Der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE) liefert Daten zur Bruttowertschöpfung (BWS) und zu den Erwerbstätigen (ET) in der Gesundheitswirtschaft und ermöglicht den Vergleich der Gesundheitswirtschaft mit der Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit in anderen Bereichen der Volkswirtschaft.¹²⁾ Ziel des WSE ist es die wirtschaftlichen Elemente der Gesundheitswirtschaft zu beschreiben, deren Wirtschaftskraft zu quantifizieren und die Voraussetzungen für Prognosen und Planungen von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern zu schaffen. Mittels der Kenngrößen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige zeigt sie den Anteil der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft auf.

Der von der AG GGRdL entwickelte länderübergreifende Ansatz nutzt eine wirtschaftszweigbasierte Abgrenzung (Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 – WZ 2008) der Gesundheitswirtschaft. Die WZ-Abgrenzung ermöglicht die Nutzung qualitativ hochwertiger und tief gegliederter Daten der Arbeitskreise Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGRdL) und Erwerbstätigenrechnungen des Bundes und der Länder (AK ETR) sowie der Bundesagentur für Arbeit.

12) Zu beachten ist die unterschiedliche Abgrenzung der Erwerbstätigen im WSE und des Gesundheitspersonals der GPR. Während in die GPR eine Person mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen mehrfach eingeht, wird bei der Zahl der Erwerbstätigen eine Person nur einmal mit ihrer überwiegenden Tätigkeit gezählt.

13) Die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft im WSE nach der Wirtschaftszweigklassifikation unterscheidet sich von der Abgrenzung der Einrichtungen des Gesundheitswesens der GPR, welches auf dem System of Health Accounts der OECD basiert. Die Ergebnisse sind deshalb zwischen WSE und GPR nicht direkt vergleichbar.

14) Für eine ausführliche Beschreibung der verschiedenen Vorgehensweisen sei auf die Methodenbeschreibung der AG GGRdL verwiesen. Verfügbar unter: www.ggrdl.de/GGR/Q_P_VI_meth_2017.pdf

Die Gesundheitswirtschaft umfasst als Querschnittsbranche mehrere Wirtschaftszweige (WZ).¹³⁾ Es wird zwischen dem Bereich Q (Gesundheits- und Sozialwesen), der nahezu vollständig der Gesundheitswirtschaft zuzuordnen ist, sowie sonstigen nur teilweise relevanten Teilbereichen – zum Beispiel im Verarbeitenden Gewerbe oder im Handel – unterschieden. In diesen Bereichen erfolgt eine Schlüsselung der BWS bzw. ET (WZ 2-Steller) anhand der Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (WZ 5-Steller), eine Schätzung auf Basis früherer WZ-Abgrenzungen (WZ 2003) oder in seltenen Fällen eine Abgrenzung auf Basis von Experteneinschätzungen.¹⁴⁾

Die BWS der einzelnen gesundheitswirtschaftlichen WZ wird in jeweiligen Preisen, je Erwerbstätigen sowie je Einwohner und in Vorjahrespreisen berechnet. Zudem werden die preisbereinigte Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr und der Kettenindex (2010 = 100) ermittelt.

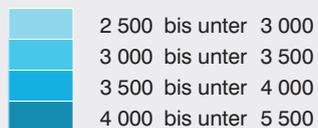
In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter der Länder werden die Ergebnisse des WSE für die Jahre 2008 bis 2016 mit Berechnungsstand Juli 2017 dargestellt. Aufgrund von Verzögerungen bei der Bevölkerungsfortschreibung werden die Einwohnerzahlen der Länder für das Jahr 2016 erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht. Aus diesem Grund können die Ergebnisse zur Bruttowertschöpfung je Einwohner sowie zu den Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner für das Jahr 2016 derzeit nicht ausgewiesen werden.

3.2. Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft

Abb. 13

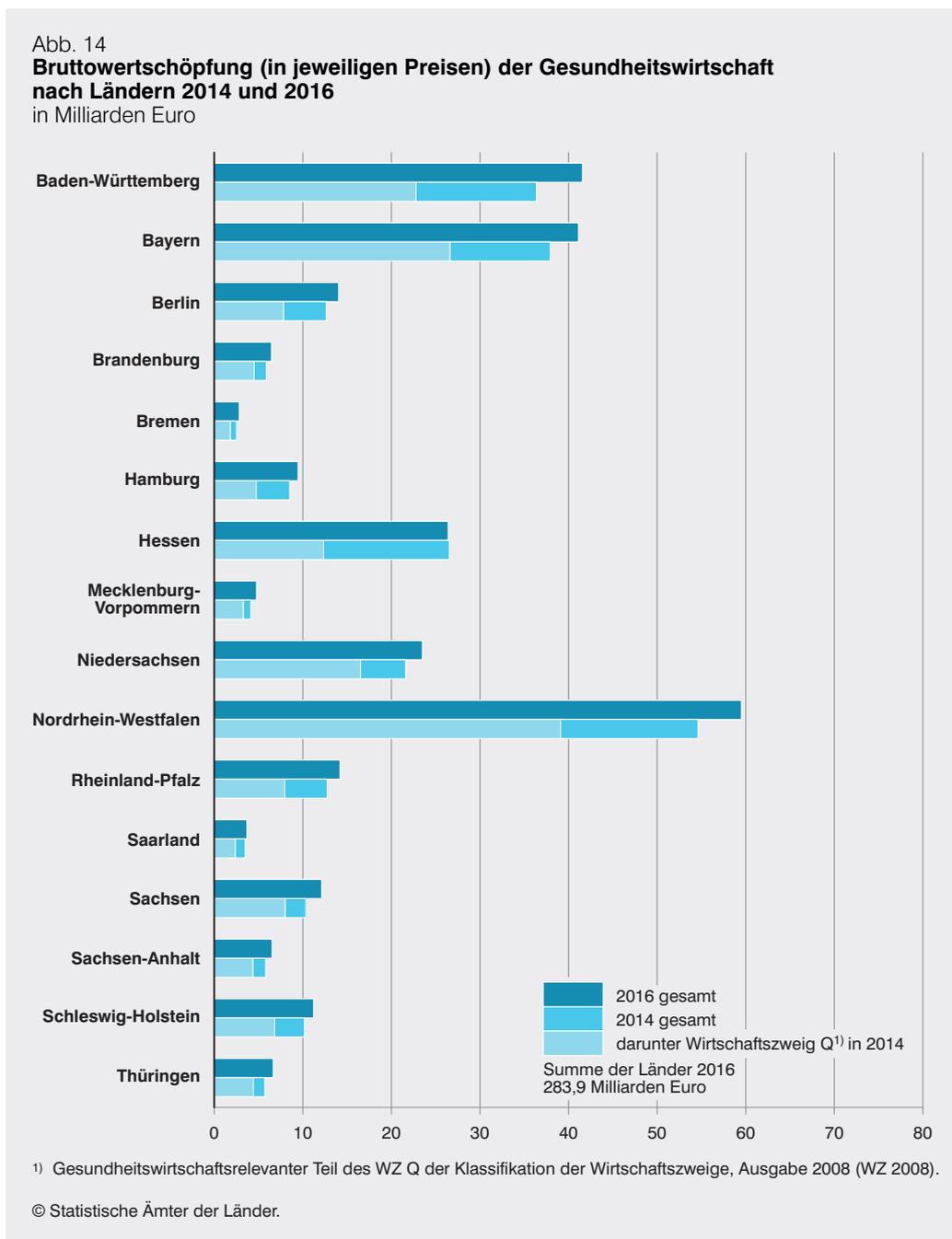
Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft je Einwohner nach Ländern 2015

in Euro je Einwohner

Bruttowertschöpfung
in Euro je Einwohner

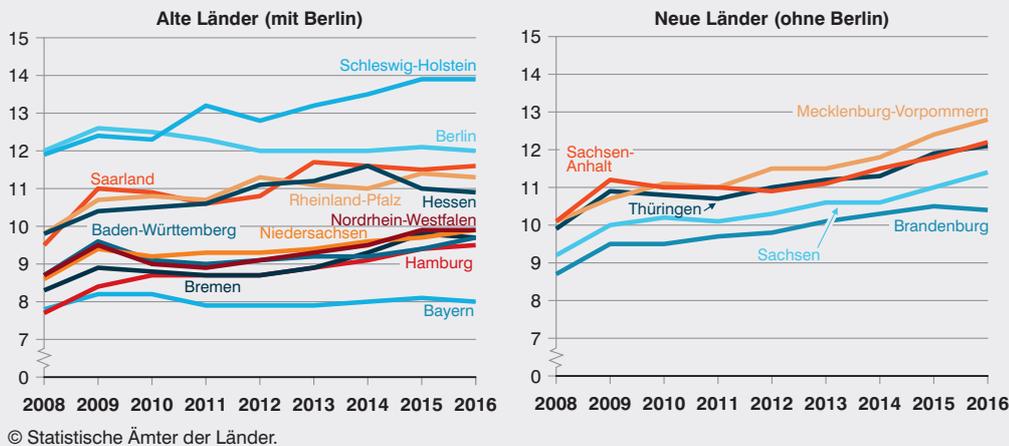
© Statistische Ämter der Länder.

Die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft lag 2015 zwischen 2 532 € je Einwohner in Brandenburg und 5 131 € in Hamburg. In allen neuen Bundesländern (ohne Berlin) lagen die Werte der Bruttowertschöpfung je Einwohner unter 3 000 €. Dagegen wurde dieser Wert in den alten Bundesländern lediglich in Niedersachsen mit 2 897 € je Einwohner knapp unterschritten.



Die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft (in jeweiligen Preisen) war 2016 in Bremen mit rund 2,8 Milliarden Euro am geringsten. Im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern wurde ebenfalls eine Bruttowertschöpfung von jeweils unter fünf Milliarden Euro ermittelt. Die mit Abstand größte Bruttowertschöpfung erreichte Nordrhein-Westfalen mit 59,5 Milliarden Euro, gefolgt von Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils über 41 Milliarden Euro. Mit Ausnahme von Hessen (-0,5 Prozent) nahm die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft zwischen 2014 und 2016 in allen Bundesländern zu. Während in Mecklenburg-Vorpommern 2014 rund vier Fünftel (79,9 Prozent) auf den Kernbereich Gesundheits- und Sozialwesen (Wirtschaftszweig Q) entfielen, lag der Anteil in Hessen bei 46,5 Prozent.

Abb. 15
Anteil der Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft (in jeweiligen Preisen) 2008 bis 2016 nach Ländern
 in Prozent

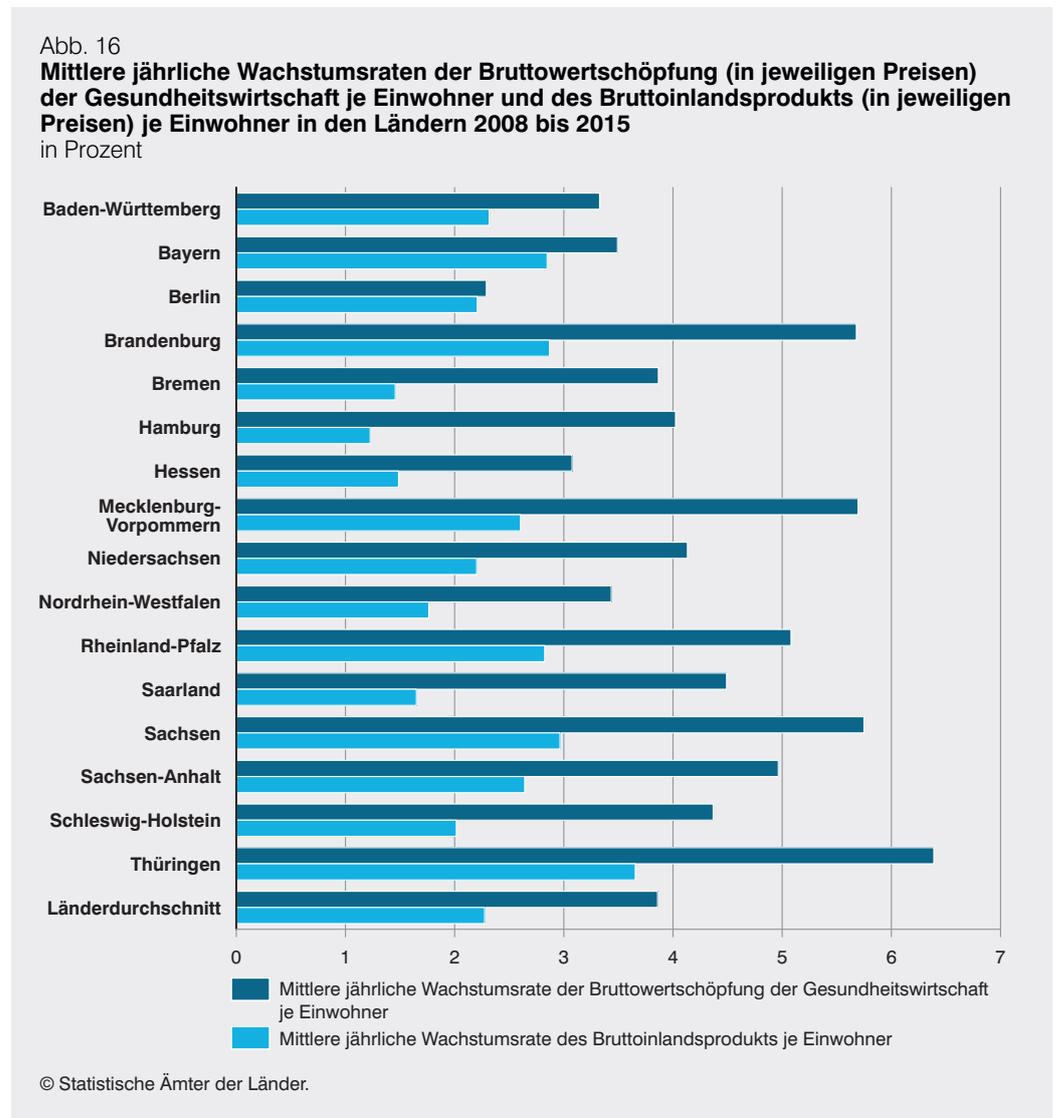


Bei der Betrachtung der BWS der Gesundheitswirtschaft als Anteil der BWS der Gesamtwirtschaft¹⁵⁾ werden aus Darstellungsgründen zwei Gruppen von Bundesländern unterschieden: die alten Länder (mit Berlin) sowie die neuen Länder (ohne Berlin).

Zwischen den beiden Gruppen lassen sich sowohl Unterschiede im zeitlichen Trend als auch in der Höhe des Anteils der BWS der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft feststellen. Während sich die Anteile in den neuen Bundesländern um mindestens 1,7 Prozentpunkte erhöhten, war dies in den alten Bundesländern im Zeitraum 2008 bis 2016 nur in Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Saarland der Fall. In den neuen Bundesländern ist das Niveau des Anteils der BWS 2016 zudem vergleichsweise hoch bei jeweils über zehn Prozent. Ein vergleichsweise moderater Anstieg des Anteils der BWS der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft lässt sich für die meisten alten Bundesländer feststellen. Auf einem besonders hohen Niveau liegt unter den alten Ländern Schleswig-Holstein mit 11,9 Prozent im Jahr 2008 und 13,9 Prozent im Jahr 2016. 2008 lag der Anteil in Berlin mit 12,0 Prozent bundesweit am höchsten, nach einem kurzzeitigen Anstieg hat sich der Wert wieder auf das Niveau von 2008 verringert. Einen niedrigen Anteil hat die BWS der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft in Bayern, der Wert liegt über die Zeitreihe hinweg stets um etwa acht Prozent.

15) AK VGRdL, Berechnungsstand: November 2016 / Februar 2017 (VGR des Bundes).

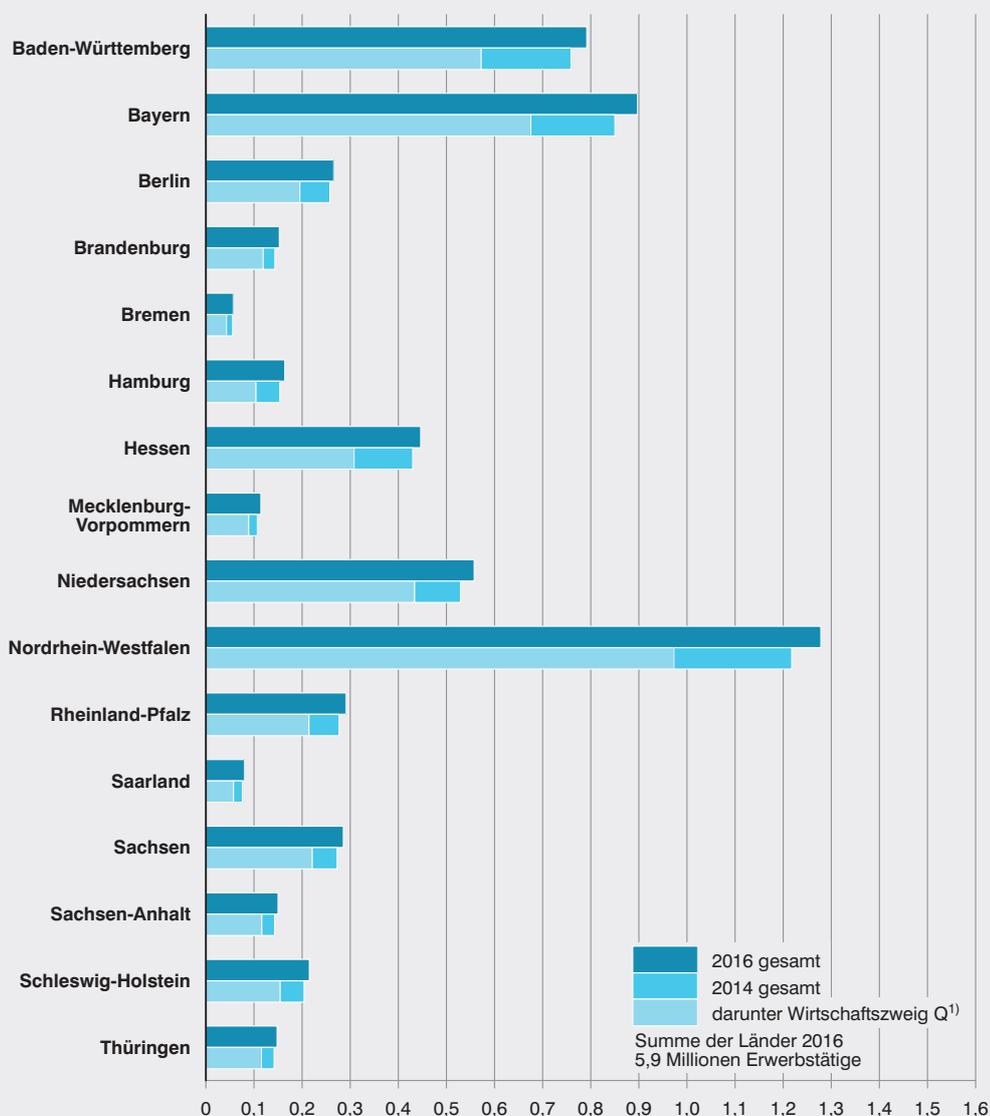
3.3. Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft und in der Gesamtwirtschaft



Für den Zeitraum von 2008 bis 2015 war die mittlere jährliche Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft je Einwohner in allen Ländern höher als die entsprechende Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner. Der jährliche Zuwachs des Pro-Kopf-BIP (in jeweiligen Preisen) lag dabei in den Ländern zwischen 1,2 und 3,7 Prozent. Die Pro-Kopf-BWS der Gesundheitswirtschaft ist im Mittel zwischen 2,3 und 6,4 Prozent jährlich angestiegen. In Berlin unterscheiden sich die Werte des mittleren jährlichen Zuwachses mit 2,2 Prozent beim BIP und 2,3 Prozent bei der BWS der Gesundheitswirtschaft am wenigsten.

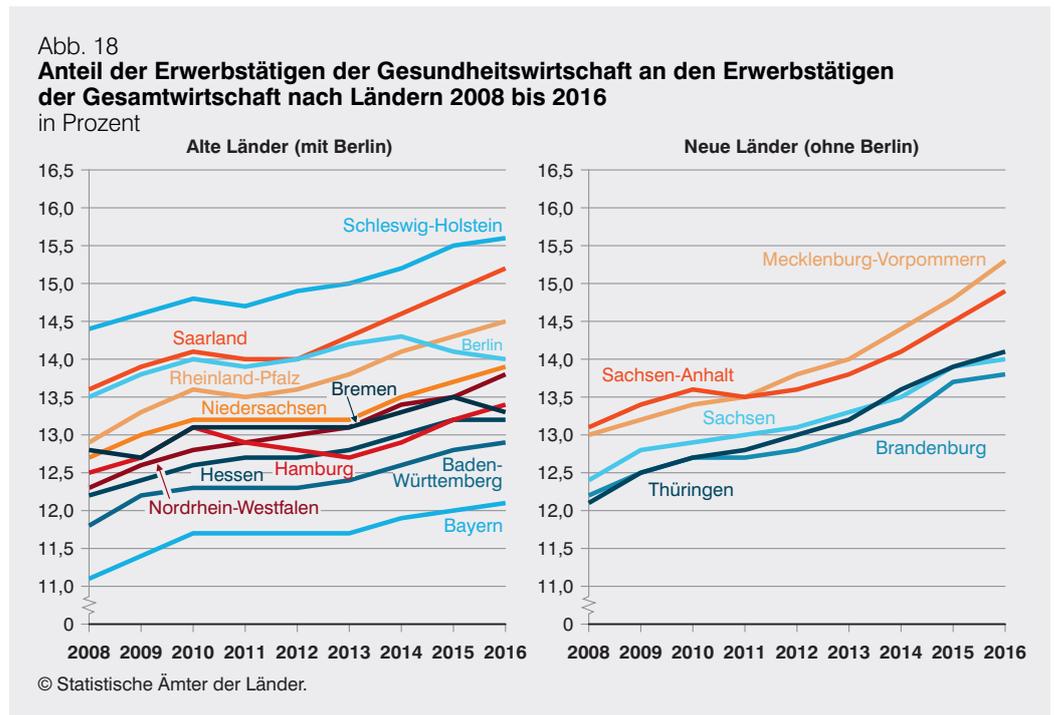
3.4. Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft

Abb. 17
Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft nach Ländern 2014 und 2016
 in Millionen



¹⁾ Gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
 © Statistische Ämter der Länder.

Nordrhein-Westfalen hatte 2016 im Vergleich der Länder nicht nur die höchste Bevölkerungszahl, sondern mit 1 278 000 auch die meisten Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft. Analog dazu gab es im einwohnerärmsten Bundesland Bremen mit 56 500 die geringste Zahl an Erwerbstätigen im Gesundheitsbereich. In Mecklenburg-Vorpommern hatten die Erwerbstätigen in dem für die Gesundheitswirtschaft relevanten Teil im Gesundheits- und Sozialbereich (WZ Q) 2014 mit über vier Fünftel den höchsten Anteil (83,5 Prozent) an den Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft. In Hamburg lag dieser Anteil bei nur etwas mehr als zwei Drittel (67,8 Prozent).



Bei der Betrachtung des Anteils der Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen der Gesamtwirtschaft¹⁶⁾ wird erneut zwischen den alten Ländern (mit Berlin) und den neuen Ländern (ohne Berlin) unterschieden. Hier zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei dem Anteil der Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft (in jeweiligen Preisen). Alle neuen Bundesländer haben 2016 einen Anteil von mindestens 13,8 Prozent. Dies ist auch für Schleswig-Holstein, das Saarland, Rheinland-Pfalz, Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen der Fall. In den neuen Bundesländern erhöhte sich der Anteil zwischen 2008 und 2016 um mindestens 1,6 Prozentpunkte, wohingegen dieser Wert in den alten Bundesländern lediglich von Rheinland-Pfalz und dem Saarland erreicht wurde. Am stärksten wuchs der Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft in diesem Zeitraum in Mecklenburg-Vorpommern mit 2,3 Prozentpunkten.

16) AK ETR, Berechnungsstand: Mai 2017 (VGR des Bundes).

Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung

Land Bund	Insgesamt	Davon							
		Gesund- heitschutz	Ambulante Ein- richtungen	davon					Ambulante Pflege
				Arztpraxen	Zahnarzt- praxen	Praxen sonstiger med. Berufe	Apotheken	im Einzel- handel	
1 000 Beschäftigte¹⁾									
Baden-Württemberg	731,7	2,2	282,0	90,4	47,2	65,6	30,1	15,9	32,8
Bayern	843,3	4,3	357,3	119,8	59,4	77,8	35,1	19,0	46,2
Berlin	238,8	4,2	103,2	29,2	15,9	22,3	8,7	5,0	22,1
Brandenburg	138,8	1,3	61,0	15,6	8,3	12,6	5,8	3,1	15,6
Bremen	48,2	0,5	21,2	7,1	2,8	3,4	2,2	1,0	4,9
Hamburg	135,0	1,0	55,9	17,8	8,8	10,6	5,4	2,6	10,6
Hessen	412,0	2,5	160,3	51,2	26,4	33,2	16,4	9,4	23,9
Mecklenburg-Vorpommern	102,9	0,6	40,4	11,3	5,5	8,4	3,6	1,7	9,8
Niedersachsen	501,5	3,8	219,8	63,8	34,7	51,4	24,2	11,0	34,8
Nordrhein-Westfalen	1 129,8	8,3	471,8	148,5	74,2	102,8	48,2	26,9	71,2
Rheinland-Pfalz	256,0	1,3	103,0	32,7	15,5	25,5	10,5	5,4	13,5
Saarland	72,7	0,4	28,2	9,5	3,7	6,3	3,5	2,0	3,3
Sachsen	256,8	1,2	110,1	28,6	15,6	26,6	10,7	5,3	23,2
Sachsen-Anhalt	137,4	1,1	54,7	15,0	8,1	12,3	5,9	2,9	10,5
Schleswig-Holstein	193,5	1,1	76,7	22,6	11,6	18,9	8,0	4,2	11,3
Thüringen	135,6	1,4	53,3	14,9	8,4	11,4	5,6	2,6	10,4
Deutschland	5 333	35	2 198	678	346	489	224	118	344
Anteil an Insgesamt in %									
Baden-Württemberg	100	0,3	38,5	12,4	6,5	9,0	4,1	2,2	4,5
Bayern	100	0,5	42,4	14,2	7,0	9,2	4,2	2,3	5,5
Berlin	100	1,8	43,2	12,2	6,7	9,3	3,7	2,1	9,2
Brandenburg	100	0,9	44,0	11,3	6,0	9,1	4,2	2,2	11,2
Bremen	100	1,1	44,0	14,7	5,7	7,0	4,5	2,0	10,1
Hamburg	100	0,7	41,4	13,2	6,5	7,9	4,0	1,9	7,9
Hessen	100	0,6	38,9	12,4	6,4	8,0	4,0	2,3	5,8
Mecklenburg-Vorpommern	100	0,6	39,2	11,0	5,4	8,2	3,5	1,7	9,5
Niedersachsen	100	0,8	43,8	12,7	6,9	10,2	4,8	2,2	6,9
Nordrhein-Westfalen	100	0,7	41,8	13,1	6,6	9,1	4,3	2,4	6,3
Rheinland-Pfalz	100	0,5	40,2	12,8	6,0	10,0	4,1	2,1	5,3
Saarland	100	0,5	38,7	13,0	5,0	8,7	4,8	2,8	4,5
Sachsen	100	0,5	42,9	11,1	6,1	10,4	4,2	2,1	9,0
Sachsen-Anhalt	100	0,8	39,8	10,9	5,9	9,0	4,3	2,1	7,6
Schleswig-Holstein	100	0,6	39,6	11,7	6,0	9,8	4,2	2,2	5,8
Thüringen	100	1,0	39,3	11,0	6,2	8,4	4,1	1,9	7,7
Deutschland	100	0,7	41,2	12,7	6,5	9,2	4,2	2,2	6,5
Beschäftigte je 1 000 Einwohner									
Baden-Württemberg	67,3	0,2	25,9	8,3	4,3	6,0	2,8	1,5	3,0
Bayern	65,7	0,3	27,8	9,3	4,6	6,1	2,7	1,5	3,6
Berlin	67,8	1,2	29,3	8,3	4,5	6,3	2,5	1,4	6,3
Brandenburg	55,8	0,5	24,6	6,3	3,3	5,1	2,3	1,2	6,3
Bremen	71,8	0,8	31,6	10,6	4,1	5,0	3,2	1,4	7,3
Hamburg	75,5	0,5	31,3	10,0	4,9	6,0	3,0	1,5	5,9
Hessen	66,7	0,4	26,0	8,3	4,3	5,4	2,7	1,5	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	63,8	0,4	25,1	7,0	3,4	5,2	2,2	1,1	6,1
Niedersachsen	63,3	0,5	27,7	8,1	4,4	6,5	3,1	1,4	4,4
Nordrhein-Westfalen	63,2	0,5	26,4	8,3	4,2	5,8	2,7	1,5	4,0
Rheinland-Pfalz	63,2	0,3	25,4	8,1	3,8	6,3	2,6	1,3	3,3
Saarland	73,1	0,4	28,3	9,5	3,7	6,3	3,5	2,0	3,3
Sachsen	62,9	0,3	26,9	7,0	3,8	6,5	2,6	1,3	5,7
Sachsen-Anhalt	61,2	0,5	24,4	6,7	3,6	5,5	2,6	1,3	4,7
Schleswig-Holstein	67,7	0,4	26,8	7,9	4,1	6,6	2,8	1,5	4,0
Thüringen	62,4	0,6	24,6	6,9	3,9	5,2	2,6	1,2	4,8
Deutschland	64,9	0,4	26,7	8,3	4,2	6,0	2,7	1,4	4,2

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung

Stationäre/ teilstatio- näre Einrich- tungen	Davon							Land Bund
	davon			Rettungs- dienste	in der Verwaltung	Sonstige Einrich- tungen	Vorlei- tungsein- richtungen	
	Kranken- häuser	Vorsorge-/ Rehabilita- tionsein- richtungen	Stationäre/ teilstatio- näre Pflege					
1 000 Beschäftigte¹⁾								
253,5	146,9	20,1	86,4	7,8	24,3	48,9	113,0	Baden-Württemberg
301,4	181,3	23,6	96,5	9,0	27,4	57,7	86,3	Bayern
65,8	44,8	0,8	20,2	2,5	19,1	15,8	28,2	Berlin
47,4	25,8	3,8	17,8	2,5	7,1	11,2	8,2	Brandenburg
17,1	10,6	0,5	6,0	0,2	2,9	3,0	3,3	Bremen
43,2	30,5	0,2	12,5	2,5	9,6	8,0	14,8	Hamburg
134,4	77,6	11,3	45,4	5,8	12,9	27,7	68,5	Hessen
41,3	21,9	5,4	14,0	1,9	5,7	7,2	5,8	Mecklenburg-Vorpommern
189,9	97,8	11,9	80,2	5,5	18,5	35,6	28,3	Niedersachsen
428,1	254,8	16,6	156,7	8,3	47,3	80,2	85,8	Nordrhein-Westfalen
92,9	56,8	5,5	30,6	2,9	10,6	18,2	27,1	Rheinland-Pfalz
27,4	16,4	1,9	9,0	0,9	3,7	4,5	7,7	Saarland
94,1	51,3	6,4	36,4	3,5	12,7	18,3	17,0	Sachsen
52,4	30,1	2,1	20,1	1,9	7,2	10,1	10,0	Sachsen-Anhalt
71,0	36,2	5,7	29,2	2,0	5,3	12,8	24,5	Schleswig-Holstein
51,2	30,0	3,2	18,1	1,8	6,7	9,7	11,4	Thüringen
1 911	1 113	119	679	59	221	369	540	Deutschland
Anteil an Insgesamt in %								
34,6	20,1	2,8	11,8	1,1	3,3	6,7	15,4	Baden-Württemberg
35,7	21,5	2,8	11,4	1,1	3,2	6,8	10,2	Bayern
27,5	18,8	0,3	8,4	1,0	8,0	6,6	11,8	Berlin
34,2	18,6	2,7	12,8	1,8	5,1	8,0	5,9	Brandenburg
35,4	22,0	1,0	12,4	0,4	5,9	6,2	6,9	Bremen
32,0	22,6	0,2	9,2	1,8	7,1	5,9	10,9	Hamburg
32,6	18,8	2,8	11,0	1,4	3,1	6,7	16,6	Hessen
40,1	21,3	5,2	13,6	1,9	5,5	7,0	5,6	Mecklenburg-Vorpommern
37,9	19,5	2,4	16,0	1,1	3,7	7,1	5,7	Niedersachsen
37,9	22,6	1,5	13,9	0,7	4,2	7,1	7,6	Nordrhein-Westfalen
36,3	22,2	2,1	12,0	1,1	4,1	7,1	10,6	Rheinland-Pfalz
37,6	22,6	2,7	12,4	1,3	5,1	6,1	10,6	Saarland
36,6	20,0	2,5	14,2	1,4	4,9	7,1	6,6	Sachsen
38,1	21,9	1,5	14,6	1,4	5,2	7,3	7,3	Sachsen-Anhalt
36,7	18,7	2,9	15,1	1,0	2,8	6,6	12,7	Schleswig-Holstein
37,8	22,1	2,3	13,3	1,3	5,0	7,2	8,4	Thüringen
35,8	20,9	2,2	12,7	1,1	4,1	6,9	10,1	Deutschland
Beschäftigte je 1 000 Einwohner								
23,3	13,5	1,9	7,9	0,7	2,2	4,5	10,4	Baden-Württemberg
23,5	14,1	1,8	7,5	0,7	2,1	4,5	6,7	Bayern
18,7	12,7	0,2	5,7	0,7	5,4	4,5	8,0	Berlin
19,1	10,4	1,5	7,2	1,0	2,9	4,5	3,3	Brandenburg
25,4	15,8	0,7	8,9	0,3	4,3	4,5	5,0	Bremen
24,2	17,1	0,1	7,0	1,4	5,4	4,5	8,3	Hamburg
21,8	12,6	1,8	7,4	0,9	2,1	4,5	11,1	Hessen
25,6	13,6	3,3	8,7	1,2	3,5	4,5	3,6	Mecklenburg-Vorpommern
24,0	12,3	1,5	10,1	0,7	2,3	4,5	3,6	Niedersachsen
24,0	14,3	0,9	8,8	0,5	2,6	4,5	4,8	Nordrhein-Westfalen
22,9	14,0	1,3	7,6	0,7	2,6	4,5	6,7	Rheinland-Pfalz
27,5	16,5	2,0	9,0	0,9	3,7	4,5	7,7	Saarland
23,0	12,6	1,6	8,9	0,9	3,1	4,5	4,2	Sachsen
23,3	13,4	0,9	9,0	0,8	3,2	4,5	4,5	Sachsen-Anhalt
24,8	12,6	2,0	10,2	0,7	1,9	4,5	8,6	Schleswig-Holstein
23,6	13,8	1,5	8,3	0,8	3,1	4,5	5,3	Thüringen
23,3	13,5	1,4	8,3	0,7	2,7	4,5	6,6	Deutschland

1) Unter Gesundheitspersonal/Beschäftigten werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden.

Quellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder, Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Januar 2017; Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung am Jahresende auf Basis des Zensus 2011.

Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2015

Land Bund	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	1 000 Beschäftigte¹⁾							
Baden-Württemberg	628,8	652,0	665,0	674,9	689,6	705,5	719,3	731,7
Bayern	719,0	742,2	759,8	776,2	792,1	805,7	822,3	843,3
Berlin	205,8	212,9	218,0	221,4	225,0	229,5	234,5	238,8
Brandenburg	115,2	120,1	123,4	126,2	128,8	131,5	135,1	138,8
Bremen	43,2	43,8	44,2	44,1	45,1	46,0	47,4	48,2
Hamburg	116,0	120,8	124,0	124,7	125,9	128,5	131,5	135,0
Hessen	350,7	362,8	368,1	374,8	388,2	397,0	403,7	412,0
Mecklenburg-Vorpommern	86,7	89,2	91,1	93,0	94,9	97,8	100,5	102,9
Niedersachsen	431,0	445,1	456,5	464,8	472,3	480,2	489,9	501,5
Nordrhein-Westfalen	983,9	1 012,0	1 031,0	1 050,1	1 065,8	1 084,0	1 103,2	1 129,8
Rheinland-Pfalz	222,8	230,0	235,2	240,8	242,4	247,1	252,1	256,0
Saarland	66,8	69,0	70,0	70,9	71,3	71,6	72,4	72,7
Sachsen	218,2	225,6	231,3	234,7	239,2	245,3	251,5	256,8
Sachsen-Anhalt	121,4	125,2	126,2	127,9	130,8	133,7	135,0	137,4
Schleswig-Holstein	169,3	172,9	175,5	178,5	182,1	186,6	189,7	193,5
Thüringen	117,2	120,5	123,6	125,9	127,4	130,1	132,9	135,6
Deutschland	4 595	4 745	4 843	4 928	5 023	5 119	5 221	5 333
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Baden-Württemberg	-	3,7	2,0	1,5	2,2	2,3	2,0	1,7
Bayern	-	3,2	2,4	2,2	2,1	1,7	2,1	2,6
Berlin	-	3,4	2,4	1,6	1,6	2,0	2,2	1,9
Brandenburg	-	4,2	2,7	2,3	2,1	2,1	2,8	2,7
Bremen	-	1,4	1,1	-0,3	2,3	2,0	3,0	1,7
Hamburg	-	4,2	2,6	0,5	1,0	2,0	2,3	2,6
Hessen	-	3,4	1,5	1,8	3,6	2,2	1,7	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	-	2,9	2,2	2,1	2,0	3,0	2,8	2,4
Niedersachsen	-	3,3	2,6	1,8	1,6	1,7	2,0	2,4
Nordrhein-Westfalen	-	2,9	1,9	1,9	1,5	1,7	1,8	2,4
Rheinland-Pfalz	-	3,2	2,3	2,4	0,7	1,9	2,0	1,5
Saarland	-	3,4	1,4	1,2	0,6	0,5	1,0	0,5
Sachsen	-	3,4	2,5	1,5	1,9	2,5	2,5	2,1
Sachsen-Anhalt	-	3,1	0,8	1,3	2,3	2,2	1,0	1,8
Schleswig-Holstein	-	2,1	1,5	1,7	2,0	2,5	1,7	2,0
Thüringen	-	2,8	2,6	1,9	1,2	2,1	2,1	2,0
Deutschland	-	3,3	2,1	1,8	1,9	1,9	2,0	2,1
	Messzahl 2010 = 100							
Baden-Württemberg	94,6	98,0	100	101,5	103,7	106,1	108,2	110,0
Bayern	94,6	97,7	100	102,2	104,3	106,0	108,2	111,0
Berlin	94,4	97,7	100	101,6	103,2	105,3	107,6	109,5
Brandenburg	93,4	97,3	100	102,3	104,4	106,5	109,5	112,4
Bremen	97,6	99,0	100	99,7	102,0	104,1	107,2	109,1
Hamburg	93,5	97,5	100	100,5	101,6	103,6	106,0	108,8
Hessen	95,3	98,5	100	101,8	105,5	107,8	109,7	111,9
Mecklenburg-Vorpommern	95,1	97,9	100	102,1	104,2	107,3	110,3	112,9
Niedersachsen	94,4	97,5	100	101,8	103,4	105,2	107,3	109,9
Nordrhein-Westfalen	95,4	98,2	100	101,9	103,4	105,1	107,0	109,6
Rheinland-Pfalz	94,7	97,8	100	102,4	103,1	105,0	107,2	108,8
Saarland	95,3	98,6	100	101,2	101,8	102,3	103,3	103,8
Sachsen	94,4	97,5	100	101,5	103,4	106,1	108,7	111,0
Sachsen-Anhalt	96,2	99,2	100	101,3	103,6	105,9	107,0	108,9
Schleswig-Holstein	96,5	98,5	100	101,7	103,7	106,3	108,1	110,3
Thüringen	94,8	97,5	100	101,9	103,1	105,3	107,5	109,7
Deutschland	94,9	98,0	100	101,8	103,7	105,7	107,8	110,1

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2015

Land Bund	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Anteil an Deutschland in %								
Baden-Württemberg	13,7	13,7	13,7	13,7	13,7	13,8	13,8	13,7
Bayern	15,6	15,6	15,7	15,8	15,8	15,7	15,8	15,8
Berlin	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Brandenburg	2,5	2,5	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Bremen	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Hamburg	2,5	2,5	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Hessen	7,6	7,6	7,6	7,6	7,7	7,8	7,7	7,7
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
Niedersachsen	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4
Nordrhein-Westfalen	21,4	21,3	21,3	21,3	21,2	21,2	21,1	21,2
Rheinland-Pfalz	4,8	4,8	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8
Saarland	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Sachsen	4,7	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8
Sachsen-Anhalt	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Schleswig-Holstein	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6
Thüringen	2,6	2,5	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100
Beschäftigte je 1 000 Einwohner								
Baden-Württemberg	59,9	62,2	63,5	64,2	65,2	66,4	67,1	67,3
Bayern	58,1	60,0	61,4	62,4	63,3	63,9	64,8	65,7
Berlin	63,0	65,1	66,5	66,6	66,7	67,1	67,6	67,8
Brandenburg	46,4	48,6	50,1	51,4	52,6	53,7	55,0	55,8
Bremen	66,1	67,0	67,9	67,6	68,9	70,0	71,6	71,8
Hamburg	68,2	71,2	72,7	72,6	72,6	73,6	74,6	75,5
Hessen	58,7	60,8	61,7	62,5	64,5	65,7	66,2	66,7
Mecklenburg-Vorpommern	52,9	54,9	56,4	57,9	59,3	61,2	62,8	63,8
Niedersachsen	55,1	57,1	58,7	59,8	60,7	61,6	62,6	63,3
Nordrhein-Westfalen	55,7	57,5	58,8	59,9	60,7	61,7	62,5	63,2
Rheinland-Pfalz	55,4	57,4	58,9	60,4	60,7	61,9	62,9	63,2
Saarland	65,7	68,5	69,9	71,1	71,7	72,3	73,2	73,1
Sachsen	53,0	55,2	56,9	57,9	59,1	60,6	62,0	62,9
Sachsen-Anhalt	51,7	53,9	54,9	56,2	57,9	59,6	60,4	61,2
Schleswig-Holstein	60,4	61,8	62,7	63,7	64,9	66,3	67,0	67,7
Thüringen	52,5	54,5	56,3	57,7	58,7	60,2	61,6	62,4
Deutschland	57,0	59,1	60,4	61,3	62,4	63,4	64,3	64,9

1) Unter Gesundheitspersonal/Beschäftigten werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden.

Quellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder, Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Januar 2017; Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung am Jahresende auf Basis des Zensus 2011.

Weibliches Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung

Land Bund	Insgesamt	Davon							
		Gesund- heitsschutz	Ambulante Ein- richtungen	davon					
				Arztpraxen	Zahnarzt- praxen	Praxen sonstiger med. Berufe	Apotheken	im Einzel- handel	Ambulante Pflege
1 000 weibliche Beschäftigte¹⁾									
Baden-Württemberg	546,1	1,6	230,4	74,0	39,1	53,1	24,9	10,1	29,2
Bayern	643,1	2,5	292,5	98,2	49,2	64,0	28,9	12,0	40,2
Berlin	172,8	3,0	79,8	23,1	12,7	17,0	6,8	2,8	17,3
Brandenburg	109,8	1,0	50,8	12,8	7,0	10,4	4,7	1,9	14,0
Bremen	36,7	0,3	17,2	5,8	2,2	2,5	1,8	0,6	4,2
Hamburg	95,8	0,6	43,6	14,0	7,1	8,2	4,4	1,5	8,4
Hessen	298,0	1,7	128,6	41,6	21,5	25,6	13,7	5,6	20,7
Mecklenburg-Vorpommern	80,5	0,5	33,3	9,3	4,7	6,5	3,0	1,1	8,8
Niedersachsen	392,2	2,4	182,8	52,6	28,9	43,0	20,2	7,0	31,2
Nordrhein-Westfalen	857,3	5,6	380,8	121,9	61,1	80,1	40,1	16,2	61,4
Rheinland-Pfalz	194,6	0,9	84,7	26,8	12,8	20,8	8,8	3,3	12,1
Saarland	54,4	0,3	22,5	7,8	3,0	4,6	2,9	1,2	3,0
Sachsen	204,2	1,0	93,3	23,6	13,2	23,6	8,9	3,5	20,6
Sachsen-Anhalt	109,2	0,9	45,9	12,5	6,8	10,3	4,9	1,8	9,6
Schleswig-Holstein	144,4	0,7	61,8	18,5	9,6	14,5	6,7	2,6	10,0
Thüringen	105,8	1,1	44,0	12,3	7,1	9,0	4,6	1,7	9,3
Deutschland	4 045	24	1 792	555	286	393	185	73	300
Anteil am Gesundheitspersonal in %									
Baden-Württemberg	74,6	75,2	81,7	81,8	82,9	80,9	83,0	63,2	89,1
Bayern	76,3	58,6	81,8	82,0	83,0	82,2	82,2	63,0	87,1
Berlin	72,4	71,9	77,3	79,2	80,0	76,3	77,4	56,5	78,5
Brandenburg	79,1	77,0	83,2	82,1	84,6	82,4	80,5	62,0	89,6
Bremen	76,2	66,2	80,8	82,0	80,5	73,6	82,5	62,7	87,0
Hamburg	71,0	57,8	78,0	78,8	80,2	76,8	81,9	58,9	78,8
Hessen	72,3	68,2	80,2	81,3	81,4	77,1	83,4	59,8	86,7
Mecklenburg-Vorpommern	78,2	82,2	82,5	82,3	84,6	77,6	83,1	63,3	89,1
Niedersachsen	78,2	62,4	83,2	82,5	83,3	83,6	83,2	63,7	89,8
Nordrhein-Westfalen	75,9	67,0	80,7	82,1	82,3	77,9	83,2	60,4	86,2
Rheinland-Pfalz	76,0	74,9	82,2	82,1	82,9	81,8	83,7	62,0	89,3
Saarland	74,7	71,1	80,0	82,9	82,4	73,2	83,2	61,1	90,7
Sachsen	79,5	83,5	84,8	82,5	84,4	88,8	82,5	64,8	88,7
Sachsen-Anhalt	79,5	78,7	83,9	83,5	84,8	83,2	81,6	62,8	91,6
Schleswig-Holstein	74,6	64,5	80,6	81,8	82,1	76,5	82,9	62,2	88,9
Thüringen	78,0	76,7	82,6	82,8	83,7	79,2	81,6	65,2	89,9
Deutschland	75,8	68,6	81,5	81,9	82,7	80,4	82,6	61,9	87,2

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Weibliches Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung

Stationäre/ teilstatio- näre Einrich- tungen	Davon							Land Bund
	davon			Rettungs- dienste	in der Verwaltung	Sonstige Einrich- tungen	Vorlei- tungsein- richtungen	
	Kranken- häuser	Vorsorge-/ Rehabilita- tionsein- richtungen	Stationäre/ teilstatio- näre Pflege					
1 000 weibliche Beschäftigte¹⁾								
200,6	111,4	15,5	73,6	2,5	16,1	37,2	57,8	Baden-Württemberg
238,5	137,6	18,1	82,8	2,7	17,7	43,9	45,3	Bayern
49,8	33,3	0,5	16,0	0,8	13,1	12,0	14,2	Berlin
38,7	20,5	3,0	15,1	0,6	5,3	8,5	4,9	Brandenburg
13,5	8,1	0,4	5,0	0,1	1,8	2,3	1,6	Bremen
32,6	22,5	0,2	10,0	0,9	5,6	6,1	6,5	Hamburg
106,2	58,8	8,7	38,6	1,8	8,0	21,1	30,6	Hessen
33,1	16,8	4,3	12,0	0,6	4,2	5,5	3,3	Mecklenburg-Vorpommern
151,1	73,4	9,1	68,6	1,5	11,6	27,1	15,8	Niedersachsen
335,8	189,3	12,7	133,8	2,7	28,7	61,1	42,7	Nordrhein-Westfalen
74,5	43,7	4,2	26,6	0,9	6,5	13,9	13,1	Rheinland-Pfalz
21,4	12,3	1,5	7,7	0,3	2,3	3,4	4,1	Saarland
75,7	39,8	5,2	30,7	1,1	9,4	14,0	9,8	Sachsen
42,9	23,7	1,7	17,5	0,5	5,3	7,7	6,1	Sachsen-Anhalt
56,1	27,5	4,4	24,2	0,6	3,4	9,8	12,0	Schleswig-Holstein
41,6	23,3	2,5	15,7	0,5	5,0	7,4	6,2	Thüringen
1 512	842	92	578	18	144	281	274	Deutschland
Anteil am Gesundheitspersonal in %								
79,1	75,8	76,9	85,2	31,4	66,3	76,2	51,1	Baden-Württemberg
79,2	75,9	76,8	85,9	29,6	64,6	76,2	52,5	Bayern
75,7	74,2	70,9	79,4	34,0	68,7	76,2	50,3	Berlin
81,5	79,3	79,7	85,1	25,3	75,2	76,2	59,5	Brandenburg
78,9	75,9	80,6	84,2	30,9	63,1	76,2	48,2	Bremen
75,5	73,6	75,6	80,2	35,5	57,8	76,2	44,1	Hamburg
79,0	75,8	77,0	84,9	31,7	62,2	76,2	44,7	Hessen
80,1	76,7	79,1	85,7	31,4	73,7	76,2	57,2	Mecklenburg-Vorpommern
79,6	75,1	76,6	85,5	27,0	62,4	76,2	55,6	Niedersachsen
78,4	74,3	76,2	85,4	32,2	60,6	76,2	49,7	Nordrhein-Westfalen
80,2	77,0	76,4	86,7	32,1	61,7	76,2	48,5	Rheinland-Pfalz
78,4	74,7	76,6	85,4	30,2	62,7	76,2	53,0	Saarland
80,5	77,6	81,1	84,4	30,5	73,8	76,2	57,9	Sachsen
82,0	78,7	80,6	87,0	25,5	74,0	76,2	60,6	Sachsen-Anhalt
79,0	76,2	77,2	82,8	30,2	63,1	76,2	49,2	Schleswig-Holstein
81,2	77,8	80,5	87,0	28,1	74,5	76,2	54,2	Thüringen
79,1	75,7	77,3	85,1	30,5	65,2	76,2	50,7	Deutschland

1) Unter Gesundheitspersonal/Beschäftigten werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden.

Quellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder, Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Januar 2017.

Vollzeitäquivalente im Gesundheitswesen in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung

Land Bund	Insgesamt	Davon							
		Gesund- heitsschutz	Ambulante Ein- richtungen	davon					
				Arztpraxen	Zahnarzt- praxen	Praxen sonstiger med. Berufe	Apotheken	im Einzel- handel	Ambulante Pflege
1 000 Vollzeitäquivalente¹⁾									
Baden-Württemberg	527,5	1,7	183,6	59,2	32,9	41,3	18,5	12,1	19,6
Bayern	607,1	3,5	233,3	78,4	41,3	49,0	21,6	14,5	28,4
Berlin	180,6	3,7	69,8	19,1	11,1	14,1	5,4	3,8	16,4
Brandenburg	104,1	1,1	42,0	10,2	5,8	7,9	3,6	2,4	12,1
Bremen	34,6	0,4	13,8	4,7	1,9	2,1	1,3	0,7	3,1
Hamburg	99,3	0,9	36,8	11,7	6,1	6,7	3,3	2,0	7,0
Hessen	301,9	2,0	105,6	33,5	18,4	20,9	10,1	7,2	15,6
Mecklenburg-Vorpommern	78,6	0,5	27,8	7,4	3,9	5,3	2,2	1,3	7,7
Niedersachsen	354,5	3,0	143,8	41,8	24,1	32,4	14,9	8,4	22,2
Nordrhein-Westfalen	809,2	6,8	311,7	97,3	51,7	64,7	29,7	20,5	47,8
Rheinland-Pfalz	183,3	1,0	67,7	21,4	10,8	16,1	6,5	4,1	9,0
Saarland	53,5	0,3	18,6	6,2	2,5	4,0	2,1	1,6	2,2
Sachsen	192,2	1,0	75,1	18,7	10,9	16,8	6,6	4,1	18,1
Sachsen-Anhalt	105,0	1,0	37,5	9,8	5,6	7,8	3,7	2,2	8,4
Schleswig-Holstein	140,1	0,8	50,2	14,8	8,1	11,9	5,0	3,2	7,2
Thüringen	103,4	1,2	36,6	9,8	5,9	7,2	3,5	2,0	8,3
Deutschland	3 875	29	1 453	444	241	308	138	90	233
Anteil am Gesundheitspersonal in %²⁾									
Baden-Württemberg	72,1	76,8	65,1	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	59,7
Bayern	72,0	80,7	65,3	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	61,3
Berlin	75,6	87,3	67,6	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	74,2
Brandenburg	75,0	87,2	68,8	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	77,5
Bremen	71,8	83,8	65,2	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	63,0
Hamburg	73,6	89,8	65,8	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	65,7
Hessen	73,3	81,8	65,9	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	65,4
Mecklenburg-Vorpommern	76,4	88,4	68,7	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	78,2
Niedersachsen	70,7	80,9	65,4	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	63,9
Nordrhein-Westfalen	71,6	82,1	66,1	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	67,1
Rheinland-Pfalz	71,6	78,5	65,8	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	66,3
Saarland	73,6	80,5	66,0	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	67,1
Sachsen	74,8	87,9	68,3	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	78,1
Sachsen-Anhalt	76,4	87,3	68,5	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	80,2
Schleswig-Holstein	72,4	76,6	65,5	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	64,1
Thüringen	76,3	87,8	68,6	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	80,1
Deutschland	72,7	82,9	66,1	65,5	69,7	63,0	61,6	76,3	67,7

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Vollzeitäquivalente im Gesundheitswesen in Deutschland und den Ländern 2015 nach Art der Einrichtung

Stationäre/ teilstatio- näre Einrich- tungen	Davon							Land Bund
	davon			Rettungs- dienste	in der Verwaltung	Sonstige Einrich- tungen	Vorleis- tungsein- richtungen	
	Kranken- häuser	Vorsorge-/ Rehabilita- tionsein- richtungen	Stationäre/ teilstatio- näre Pflege					
1 000 Vollzeitäquivalente¹⁾								
186,7	110,3	14,5	61,9	6,4	20,8	31,6	96,8	Baden-Württemberg
229,3	139,3	17,8	72,1	7,3	23,4	37,4	73,0	Bayern
54,4	37,5	0,7	16,1	2,0	16,4	10,2	24,1	Berlin
38,9	22,0	3,2	13,7	2,1	6,1	7,2	6,7	Brandenburg
13,1	8,5	0,4	4,2	0,2	2,4	2,0	2,7	Bremen
33,9	24,1	0,1	9,7	2,0	8,2	5,2	12,3	Hamburg
101,4	59,6	8,4	33,4	4,7	11,0	18,0	59,2	Hessen
34,5	19,1	4,8	10,6	1,6	4,9	4,7	4,7	Mecklenburg-Vorpommern
141,1	74,6	8,6	57,8	4,5	15,9	23,1	23,1	Niedersachsen
320,7	196,5	12,4	111,8	6,7	40,4	52,0	70,9	Nordrhein-Westfalen
68,2	41,7	4,1	22,4	2,4	9,1	11,8	23,1	Rheinland-Pfalz
21,3	12,8	1,4	7,1	0,7	3,2	2,9	6,5	Saarland
76,4	43,2	5,5	27,7	2,9	10,8	11,9	14,0	Sachsen
43,8	26,3	1,9	15,6	1,5	6,2	6,5	8,5	Sachsen-Anhalt
53,8	27,6	4,5	21,7	1,6	4,6	8,3	20,7	Schleswig-Holstein
42,6	25,9	2,7	14,0	1,4	5,8	6,3	9,6	Thüringen
1 460	869	91	500	48	189	239	456	Deutschland
Anteil am Gesundheitspersonal in %²⁾								
73,6	75,0	71,9	71,7	81,4	85,5	64,8	85,6	Baden-Württemberg
76,1	76,8	75,6	74,8	81,4	85,5	64,8	84,5	Bayern
82,6	83,7	90,6	79,9	81,4	85,5	64,8	85,5	Berlin
82,1	85,0	85,0	77,1	81,4	85,5	64,8	82,2	Brandenburg
76,7	79,9	76,9	71,1	81,4	85,5	64,8	81,2	Bremen
78,5	79,0	58,7	77,8	81,4	85,5	64,8	83,4	Hamburg
75,5	76,8	74,2	73,5	81,4	85,5	64,8	86,4	Hessen
83,5	86,9	89,1	75,8	81,4	85,5	64,8	81,8	Mecklenburg-Vorpommern
74,3	76,4	72,3	72,0	81,4	85,5	64,8	81,6	Niedersachsen
74,9	77,1	74,5	71,4	81,4	85,5	64,8	82,7	Nordrhein-Westfalen
73,5	73,4	75,2	73,1	81,4	85,5	64,8	85,3	Rheinland-Pfalz
77,9	78,0	72,3	79,0	81,4	85,5	64,8	84,1	Saarland
81,2	84,2	86,5	76,1	81,4	85,5	64,8	82,5	Sachsen
83,6	87,4	88,0	77,5	81,4	85,5	64,8	85,0	Sachsen-Anhalt
75,7	76,4	78,6	74,4	81,4	85,5	64,8	84,6	Schleswig-Holstein
83,2	86,2	85,1	77,8	81,4	85,5	64,8	83,7	Thüringen
76,4	78,1	76,5	73,6	81,4	85,5	64,8	84,4	Deutschland

1) Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einem Vollzeitbeschäftigten. – 2) Bei einigen Einrichtungsarten gleiche Anteile aufgrund Übertragung der Bundesanteile auf Länderebene.

Quellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder, Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Januar 2017.

Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2015 nach Ausgabenträgern

Land Bund	Insgesamt ¹⁾	Davon			
		Öffentliche Haushalte	Gesetzliche Krankenversicherung	Soziale Pflegeversicherung	Gesetzliche Renten- versicherung
Mill. €					
Baden-Württemberg	44 138,1	1 710,1	24 607,7	3 218,1	627,6
Bayern	53 919,1	2 469,2	29 656,9	3 684,7	679,8
Berlin	14 850,6	803,6	8 805,0	1 341,1	158,7
Brandenburg	11 079,3	369,6	6 941,4	1 149,0	161,3
Bremen	2 529,3	150,1	1 541,9	210,7	30,6
Hamburg	7 147,2	475,9	4 042,4	474,1	63,4
Hessen	25 827,9	1 208,8	14 668,7	2 005,8	316,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 905,3	282,7	4 535,4	761,0	92,5
Niedersachsen	33 473,1	1 521,8	19 181,7	2 789,9	432,2
Nordrhein-Westfalen	74 782,7	3 435,7	43 592,4	5 907,8	939,3
Rheinland-Pfalz	17 304,4	738,0	9 545,8	1 279,0	226,0
Saarland	4 357,6	226,4	2 491,3	356,3	58,1
Sachsen	17 139,0	596,7	11 272,5	1 890,4	233,3
Sachsen-Anhalt	9 720,8	346,8	6 493,9	1 113,6	140,4
Schleswig-Holstein	11 929,5	548,0	6 769,0	874,5	133,9
Thüringen	9 049,1	346,7	5 885,9	938,9	145,8
Deutschland	344 153	15 230	200 032	27 995	4 439
Anteil an Insgesamt in %					
Baden-Württemberg	100	3,9	55,8	7,3	1,4
Bayern	100	4,6	55,0	6,8	1,3
Berlin	100	5,4	59,3	9,0	1,1
Brandenburg	100	3,3	62,7	10,4	1,5
Bremen	100	5,9	61,0	8,3	1,2
Hamburg	100	6,7	56,6	6,6	0,9
Hessen	100	4,7	56,8	7,8	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	100	4,1	65,7	11,0	1,3
Niedersachsen	100	4,5	57,3	8,3	1,3
Nordrhein-Westfalen	100	4,6	58,3	7,9	1,3
Rheinland-Pfalz	100	4,3	55,2	7,4	1,3
Saarland	100	5,2	57,2	8,2	1,3
Sachsen	100	3,5	65,8	11,0	1,4
Sachsen-Anhalt	100	3,6	66,8	11,5	1,4
Schleswig-Holstein	100	4,6	56,7	7,3	1,1
Thüringen	100	3,8	65,0	10,4	1,6
Deutschland	100	4,4	58,1	8,1	1,3
€ je Einwohner					
Baden-Württemberg	4 088	158	2 279	298	58
Bayern	4 223	193	2 323	289	53
Berlin	4 249	230	2 519	384	45
Brandenburg	4 483	150	2 809	465	65
Bremen	3 794	225	2 313	316	46
Hamburg	4 026	268	2 277	267	36
Hessen	4 210	197	2 391	327	52
Mecklenburg-Vorpommern	4 300	176	2 824	474	58
Niedersachsen	4 250	193	2 435	354	55
Nordrhein-Westfalen	4 213	194	2 456	333	53
Rheinland-Pfalz	4 292	183	2 367	317	56
Saarland	4 391	228	2 511	359	59
Sachsen	4 211	147	2 770	464	57
Sachsen-Anhalt	4 339	155	2 898	497	63
Schleswig-Holstein	4 193	193	2 379	307	47
Thüringen	4 182	160	2 720	434	67
Deutschland	4 213	186	2 449	343	54

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2015 nach Ausgabenträgern

Gesetzliche Unfallversicherung ²⁾	Davon			Nachrichtlich: Einkommensleistungen ²⁾	Land Bund
	Private Krankenversicherung	Arbeitgeber	Private Haushalte u. private Organisationen ohne Erwerbszweck		
Mill. €					
709,3	4 586,8	1 899,9	6 778,6	11 987,5	Baden-Württemberg
838,7	5 775,4	2 397,2	8 417,2	14 173,8	Bayern
229,6	1 215,5	604,8	1 692,3	3 879,9	Berlin
162,3	809,2	502,8	983,7	2 743,6	Brandenburg
43,8	204,8	111,3	236,1	740,1	Bremen
116,6	755,5	300,0	919,2	1 970,6	Hamburg
403,0	2 528,4	1 064,1	3 633,0	6 810,8	Hessen
105,5	349,2	245,4	533,7	1 782,6	Mecklenburg-Vorpommern
517,4	2 693,0	1 545,3	4 791,8	8 744,2	Niedersachsen
1 166,1	6 628,3	3 147,8	9 965,2	19 707,1	Nordrhein-Westfalen
264,9	1 719,2	847,0	2 684,4	4 476,3	Rheinland-Pfalz
65,2	355,9	187,3	617,1	1 101,6	Saarland
267,4	863,0	392,1	1 623,7	4 518,4	Sachsen
147,2	419,7	274,6	784,6	2 487,3	Sachsen-Anhalt
186,9	1 161,8	618,3	1 637,2	3 158,1	Schleswig-Holstein
142,1	470,1	326,1	793,4	2 402,1	Thüringen
5 366	30 536	14 464	46 091	90 684	Deutschland
Anteil an Insgesamt in %					
1,6	10,4	4,3	15,4	.	Baden-Württemberg
1,6	10,7	4,4	15,6	.	Bayern
1,5	8,2	4,1	11,4	.	Berlin
1,5	7,3	4,5	8,9	.	Brandenburg
1,7	8,1	4,4	9,3	.	Bremen
1,6	10,6	4,2	12,9	.	Hamburg
1,6	9,8	4,1	14,1	.	Hessen
1,5	5,1	3,6	7,7	.	Mecklenburg-Vorpommern
1,5	8,0	4,6	14,3	.	Niedersachsen
1,6	8,9	4,2	13,3	.	Nordrhein-Westfalen
1,5	9,9	4,9	15,5	.	Rheinland-Pfalz
1,5	8,2	4,3	14,2	.	Saarland
1,6	5,0	2,3	9,5	.	Sachsen
1,5	4,3	2,8	8,1	.	Sachsen-Anhalt
1,6	9,7	5,2	13,7	.	Schleswig-Holstein
1,6	5,2	3,6	8,8	.	Thüringen
1,6	8,9	4,2	13,4	.	Deutschland
€ je Einwohner					
66	425	176	628	.	Baden-Württemberg
66	452	188	659	.	Bayern
66	348	173	484	.	Berlin
66	327	203	398	.	Brandenburg
66	307	167	354	.	Bremen
66	426	169	518	.	Hamburg
66	412	173	592	.	Hessen
66	217	153	332	.	Mecklenburg-Vorpommern
66	342	196	608	.	Niedersachsen
66	373	177	561	.	Nordrhein-Westfalen
66	426	210	666	.	Rheinland-Pfalz
66	359	189	622	.	Saarland
66	212	96	399	.	Sachsen
66	187	123	350	.	Sachsen-Anhalt
66	408	217	576	.	Schleswig-Holstein
66	217	151	367	.	Thüringen
66	374	177	564	.	Deutschland

1) Differenzen bei der Summenbildung sind auf Rundungen in unterschiedlichen Berechnungsstufen zurückzuführen. - 2) Hier erfolgte eine Disaggregation der Bundeswerte top down mittels des Bevölkerungsanteils Bundesland/Deutschland. Die Disaggregation mit den Bevölkerungszahlen geht davon aus, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner im Bundesland mit denen des Bundes identisch sind.

Quellen: Gesundheitsausgabenrechnung der Länder, Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Februar 2017; Bevölkerungsstatistik: Durchschnittliche Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011.

Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2015

Land Bund	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Mill. €							
Baden-Württemberg	33 910,0	35 449,2	36 730,4	37 636,9	38 752,6	40 388,7	42 073,9	44 138,1
Bayern	41 282,4	43 792,0	45 557,5	46 237,8	47 447,2	49 195,5	51 364,8	53 919,1
Berlin	11 289,9	11 894,8	12 415,1	12 747,6	13 019,8	13 556,4	14 178,3	14 850,6
Brandenburg	8 677,2	9 225,8	9 400,9	9 602,9	9 783,9	10 188,2	10 605,3	11 079,3
Bremen	1 959,0	2 057,6	2 122,5	2 168,6	2 211,8	2 306,8	2 424,7	2 529,3
Hamburg	5 510,9	5 805,9	5 991,0	6 148,4	6 283,3	6 528,3	6 795,9	7 147,2
Hessen	19 790,6	20 929,4	21 498,0	21 984,7	22 749,6	23 630,4	24 667,0	25 827,9
Mecklenburg-Vorpommern	5 516,1	5 853,5	5 978,3	6 058,4	6 158,0	6 393,7	6 640,1	6 905,3
Niedersachsen	25 722,3	27 236,0	28 207,3	28 790,6	29 518,9	30 755,6	32 134,0	33 473,1
Nordrhein-Westfalen	58 642,8	61 701,3	63 954,4	64 756,2	66 513,4	68 767,3	71 496,6	74 782,7
Rheinland-Pfalz	13 471,2	14 104,2	14 613,6	14 930,8	15 311,5	15 865,8	16 547,2	17 304,4
Saarland	3 354,4	3 589,7	3 722,2	3 831,3	3 832,1	3 987,3	4 163,7	4 357,6
Sachsen	13 183,2	13 945,7	14 459,6	14 776,5	15 149,1	15 878,6	16 526,1	17 139,0
Sachsen-Anhalt	7 966,0	8 382,7	8 571,2	8 641,0	8 817,6	9 146,6	9 409,4	9 720,8
Schleswig-Holstein	9 361,4	9 874,8	10 090,3	10 342,8	10 570,9	10 949,6	11 409,7	11 929,5
Thüringen	7 136,6	7 541,4	7 801,6	7 962,4	8 109,3	8 445,4	8 760,4	9 049,1
Deutschland	266 774	281 385	291 115	296 617	304 230	315 984	329 198	344 153
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Baden-Württemberg	-	4,5	3,6	2,5	3,0	4,2	4,2	4,9
Bayern	-	6,1	4,0	1,5	2,6	3,7	4,4	5,0
Berlin	-	5,4	4,4	2,7	2,1	4,1	4,6	4,7
Brandenburg	-	6,3	1,9	2,1	1,9	4,1	4,1	4,5
Bremen	-	5,0	3,2	2,2	2,0	4,3	5,1	4,3
Hamburg	-	5,4	3,2	2,6	2,2	3,9	4,1	5,2
Hessen	-	5,8	2,7	2,3	3,5	3,9	4,4	4,7
Mecklenburg-Vorpommern	-	6,1	2,1	1,3	1,6	3,8	3,9	4,0
Niedersachsen	-	5,9	3,6	2,1	2,5	4,2	4,5	4,2
Nordrhein-Westfalen	-	5,2	3,7	1,3	2,7	3,4	4,0	4,6
Rheinland-Pfalz	-	4,7	3,6	2,2	2,5	3,6	4,3	4,6
Saarland	-	7,0	3,7	2,9	-	4,0	4,4	4,7
Sachsen	-	5,8	3,7	2,2	2,5	4,8	4,1	3,7
Sachsen-Anhalt	-	5,2	2,2	0,8	2,0	3,7	2,9	3,3
Schleswig-Holstein	-	5,5	2,2	2,5	2,2	3,6	4,2	4,6
Thüringen	-	5,7	3,5	2,1	1,8	4,1	3,7	3,3
Deutschland	-	5,5	3,5	1,9	2,6	3,9	4,2	4,5
	Messzahl 2010 = 100							
Baden-Württemberg	92,3	96,5	100	102,5	105,5	110,0	114,5	120,2
Bayern	90,6	96,1	100	101,5	104,1	108,0	112,7	118,4
Berlin	90,9	95,8	100	102,7	104,9	109,2	114,2	119,6
Brandenburg	92,3	98,1	100	102,1	104,1	108,4	112,8	117,9
Bremen	92,3	96,9	100	102,2	104,2	108,7	114,2	119,2
Hamburg	92,0	96,9	100	102,6	104,9	109,0	113,4	119,3
Hessen	92,1	97,4	100	102,3	105,8	109,9	114,7	120,1
Mecklenburg-Vorpommern	92,3	97,9	100	101,3	103,0	106,9	111,1	115,5
Niedersachsen	91,2	96,6	100	102,1	104,7	109,0	113,9	118,7
Nordrhein-Westfalen	91,7	96,5	100	101,3	104,0	107,5	111,8	116,9
Rheinland-Pfalz	92,2	96,5	100	102,2	104,8	108,6	113,2	118,4
Saarland	90,1	96,4	100	102,9	103,0	107,1	111,9	117,1
Sachsen	91,2	96,4	100	102,2	104,8	109,8	114,3	118,5
Sachsen-Anhalt	92,9	97,8	100	100,8	102,9	106,7	109,8	113,4
Schleswig-Holstein	92,8	97,9	100	102,5	104,8	108,5	113,1	118,2
Thüringen	91,5	96,7	100	102,1	103,9	108,3	112,3	116,0
Deutschland	91,6	96,7	100	101,9	104,5	108,5	113,1	118,2

Quellen: Gesundheitsausgabenrechnung der Länder, Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Februar 2017.

noch: Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2015

Land Bund	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Anteil an Deutschland in %								
Baden-Württemberg	12,7	12,6	12,6	12,7	12,7	12,8	12,8	12,8
Bayern	15,5	15,6	15,6	15,6	15,6	15,6	15,6	15,7
Berlin	4,2	4,2	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3
Brandenburg	3,3	3,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Bremen	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Hamburg	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Hessen	7,4	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5	7,5	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	2,1	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Niedersachsen	9,6	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,8	9,7
Nordrhein-Westfalen	22,0	21,9	22,0	21,8	21,9	21,8	21,7	21,7
Rheinland-Pfalz	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Saarland	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Sachsen	4,9	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Sachsen-Anhalt	3,0	3,0	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,8
Schleswig-Holstein	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Thüringen	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,6
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100
€ je Einwohner								
Baden-Württemberg	3 228	3 379	3 505	3 586	3 676	3 810	3 942	4 088
Bayern	3 334	3 540	3 682	3 725	3 801	3 916	4 061	4 223
Berlin	3 457	3 638	3 792	3 860	3 886	3 989	4 115	4 249
Brandenburg	3 482	3 723	3 812	3 908	3 991	4 160	4 322	4 483
Bremen	2 993	3 150	3 254	3 327	3 385	3 516	3 676	3 794
Hamburg	3 239	3 418	3 521	3 591	3 640	3 751	3 873	4 026
Hessen	3 308	3 504	3 601	3 675	3 788	3 918	4 064	4 210
Mecklenburg-Vorpommern	3 347	3 586	3 691	3 761	3 840	4 000	4 156	4 300
Niedersachsen	3 283	3 489	3 622	3 702	3 796	3 951	4 115	4 250
Nordrhein-Westfalen	3 313	3 501	3 641	3 691	3 790	3 915	4 061	4 213
Rheinland-Pfalz	3 344	3 516	3 654	3 740	3 837	3 974	4 134	4 292
Saarland	3 290	3 547	3 705	3 832	3 847	4 017	4 206	4 391
Sachsen	3 190	3 399	3 546	3 639	3 739	3 922	4 080	4 211
Sachsen-Anhalt	3 370	3 592	3 712	3 778	3 888	4 062	4 201	4 339
Schleswig-Holstein	3 337	3 525	3 604	3 692	3 769	3 895	4 041	4 193
Thüringen	3 181	3 394	3 540	3 638	3 727	3 900	4 058	4 182
Deutschland	3 303	3 496	3 626	3 695	3 783	3 918	4 065	4 213
% des BIP in jeweiligen Preisen								
Baden-Württemberg	8,9	10,0	9,5	9,3	9,4	9,5	9,6	9,6
Bayern	9,4	10,3	10,1	9,6	9,6	9,7	9,7	9,8
Berlin	11,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
Brandenburg	15,8	17,2	16,8	16,6	16,6	16,8	16,7	16,7
Bremen	7,1	8,2	7,9	7,8	7,7	7,9	8,1	8,1
Hamburg	5,8	6,3	6,3	6,4	6,4	6,4	6,5	6,6
Hessen	8,6	9,5	9,5	9,3	9,6	9,7	9,7	9,9
Mecklenburg-Vorpommern	16,0	17,2	17,1	16,7	16,8	16,9	17,0	17,2
Niedersachsen	11,7	13,0	12,7	12,2	12,2	12,5	12,7	13,0
Nordrhein-Westfalen	10,2	11,2	11,3	11,0	11,2	11,3	11,3	11,5
Rheinland-Pfalz	12,1	13,0	12,8	12,5	12,5	12,7	12,8	12,8
Saarland	10,6	12,5	12,3	12,0	11,9	12,4	12,5	12,6
Sachsen	14,0	15,3	15,2	14,8	14,9	15,3	15,3	15,1
Sachsen-Anhalt	15,7	17,3	16,7	16,6	16,3	16,6	16,8	16,8
Schleswig-Holstein	12,6	13,7	13,7	13,5	13,2	13,5	13,6	13,8
Thüringen	15,0	16,6	16,2	15,6	15,7	15,7	15,6	15,4
Deutschland	10,4	11,4	11,3	11,0	11,0	11,2	11,3	11,3

Quellen: Gesundheitsausgabenrechnung der Länder, Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Februar 2017; Bevölkerungsstatistik: Durchschnittliche Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011; Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungsstand: November 2016 (VGR des Bundes).

Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern (Mill. €)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	29 988,5	30 620,5	31 418,3	32 697,0	34 011,3	35 222,8	36 367,1	38 751,2	41 552,5
Bayern	30 598,9	31 395,7	33 023,7	34 030,3	35 018,3	36 138,7	37 922,5	40 110,6	41 106,8
Berlin	10 742,2	11 228,1	11 584,1	11 992,1	11 818,2	12 209,0	12 638,4	13 467,8	14 030,0
Brandenburg	4 286,1	4 588,7	4 783,7	5 012,6	5 174,6	5 513,1	5 876,9	6 257,7	6 444,1
Bremen	2 059,2	2 009,4	2 119,0	2 169,2	2 252,5	2 348,9	2 494,7	2 736,3	2 808,6
Hamburg	6 623,4	6 938,7	7 393,6	7 464,1	7 655,1	8 231,6	8 520,4	9 108,2	9 450,1
Hessen	20 416,1	20 397,2	21 491,2	22 353,3	23 823,5	24 703,1	26 530,6	25 876,9	26 392,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 121,9	3 278,6	3 499,8	3 572,9	3 781,6	3 936,2	4 126,5	4 481,5	4 759,6
Niedersachsen	17 091,1	17 809,8	17 969,2	18 761,7	19 768,0	20 462,1	21 606,5	22 816,0	23 477,7
Nordrhein-Westfalen	44 530,7	46 463,6	47 097,4	49 047,0	50 032,7	51 705,2	54 607,0	56 573,9	59 502,1
Rheinland-Pfalz	9 800,7	10 387,1	11 077,1	11 508,2	12 486,6	12 536,9	12 741,5	13 878,8	14 185,1
Saarland	2 716,8	2 826,3	2 979,1	3 061,2	3 146,1	3 366,0	3 479,0	3 595,1	3 677,7
Sachsen	7 743,1	8 180,7	8 698,2	9 070,8	9 424,7	9 889,2	10 321,3	11 272,1	12 107,4
Sachsen-Anhalt	4 631,8	4 866,6	5 061,3	5 146,1	5 311,2	5 507,0	5 804,5	6 161,8	6 517,8
Schleswig-Holstein	7 943,5	8 040,7	8 205,3	9 079,4	9 194,7	9 668,5	10 176,4	10 868,2	11 208,2
Thüringen	4 229,3	4 433,0	4 699,5	4 909,1	5 089,5	5 388,7	5 706,0	6 293,1	6 643,8
Alle Länder	206 523,5	213 464,8	221 100,6	229 875,2	237 988,5	246 827,0	258 919,4	272 249,2	283 863,9
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾									
Baden-Württemberg	18 163,2	18 822,8	19 619,9	20 131,0	20 719,9	21 785,0	22 781,1	.	.
Bayern	21 255,8	22 114,9	23 214,2	23 905,0	24 525,0	25 373,7	26 621,3	.	.
Berlin	5 923,5	6 192,3	6 464,6	6 760,1	7 171,9	7 547,6	7 833,5	.	.
Brandenburg	3 329,9	3 552,9	3 731,3	3 882,9	4 069,2	4 257,2	4 510,1	.	.
Bremen	1 419,6	1 468,8	1 563,1	1 601,9	1 685,0	1 736,0	1 832,5	.	.
Hamburg	3 591,3	3 836,0	4 014,8	4 136,2	4 322,4	4 518,0	4 743,1	.	.
Hessen	9 365,1	9 804,4	10 464,7	10 917,9	11 347,9	12 000,2	12 345,1	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	2 448,3	2 560,9	2 776,0	2 847,9	3 023,4	3 130,1	3 298,1	.	.
Niedersachsen	12 952,7	13 588,3	13 543,8	14 293,4	15 203,4	15 782,0	16 510,5	.	.
Nordrhein-Westfalen	29 415,7	31 178,6	32 904,6	34 282,9	35 362,5	37 041,7	39 102,6	.	.
Rheinland-Pfalz	6 156,0	6 385,8	6 614,2	6 928,9	7 253,6	7 659,2	7 965,3	.	.
Saarland	1 839,2	1 910,5	1 995,3	2 019,4	2 085,8	2 284,0	2 390,4	.	.
Sachsen	5 754,6	6 119,5	6 538,8	6 958,0	7 360,2	7 733,8	8 021,9	.	.
Sachsen-Anhalt	3 437,8	3 663,3	3 807,4	3 875,9	4 017,4	4 169,3	4 371,4	.	.
Schleswig-Holstein	4 866,1	5 133,7	5 396,2	5 923,5	6 199,3	6 452,1	6 816,5	.	.
Thüringen	3 177,6	3 391,7	3 609,3	3 715,9	3 914,2	4 194,6	4 426,3	.	.
Alle Länder	133 096,4	139 724,2	146 258,1	152 180,8	158 261,0	165 664,4	173 569,5	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
 Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern - Anteil an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft (in Prozent)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	8,7	9,6	9,1	9,0	9,1	9,2	9,2	9,4	9,7
Bayern	7,8	8,2	8,2	7,9	7,9	7,9	8,0	8,1	8,0
Berlin	12,0	12,6	12,5	12,3	12,0	12,0	12,0	12,1	12,0
Brandenburg	8,7	9,5	9,5	9,7	9,8	10,1	10,3	10,5	10,4
Bremen	8,3	8,9	8,8	8,7	8,7	8,9	9,3	9,8	9,7
Hamburg	7,7	8,4	8,7	8,7	8,7	8,9	9,1	9,4	9,5
Hessen	9,8	10,4	10,5	10,6	11,1	11,2	11,6	11,0	10,9
Mecklenburg-Vorpommern	10,1	10,7	11,1	11,0	11,5	11,5	11,8	12,4	12,8
Niedersachsen	8,7	9,5	9,0	8,9	9,1	9,3	9,5	9,9	9,9
Nordrhein-Westfalen	8,6	9,4	9,2	9,3	9,3	9,4	9,6	9,7	9,9
Rheinland-Pfalz	9,8	10,7	10,8	10,7	11,3	11,1	11,0	11,4	11,3
Saarland	9,5	11,0	10,9	10,6	10,8	11,7	11,6	11,5	11,6
Sachsen	9,2	10,0	10,2	10,1	10,3	10,6	10,6	11,0	11,4
Sachsen-Anhalt	10,1	11,2	11,0	11,0	10,9	11,1	11,5	11,8	12,2
Schleswig-Holstein	11,9	12,4	12,3	13,2	12,8	13,2	13,5	13,9	13,9
Thüringen	9,9	10,9	10,8	10,7	11,0	11,2	11,3	11,9	12,1
Alle Länder	9,0	9,7	9,5	9,5	9,6	9,7	9,8	10,0	10,1
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾									
Baden-Württemberg	5,3	5,9	5,7	5,5	5,6	5,7	5,8	.	.
Bayern	5,4	5,8	5,7	5,5	5,5	5,5	5,6	.	.
Berlin	6,6	7,0	7,0	7,0	7,3	7,4	7,4	.	.
Brandenburg	6,7	7,4	7,4	7,5	7,7	7,8	7,9	.	.
Bremen	5,7	6,5	6,5	6,4	6,5	6,6	6,8	.	.
Hamburg	4,2	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	.	.
Hessen	4,5	5,0	5,1	5,2	5,3	5,5	5,4	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	8,4	8,8	8,7	9,2	9,2	9,4	.	.
Niedersachsen	6,6	7,2	6,8	6,7	7,0	7,2	7,3	.	.
Nordrhein-Westfalen	5,7	6,3	6,5	6,5	6,6	6,7	6,9	.	.
Rheinland-Pfalz	6,1	6,6	6,4	6,4	6,6	6,8	6,9	.	.
Saarland	6,4	7,4	7,3	7,0	7,2	7,9	8,0	.	.
Sachsen	6,8	7,5	7,6	7,8	8,1	8,3	8,2	.	.
Sachsen-Anhalt	7,5	8,4	8,2	8,3	8,2	8,4	8,7	.	.
Schleswig-Holstein	7,3	7,9	8,1	8,6	8,6	8,8	9,0	.	.
Thüringen	7,4	8,3	8,3	8,1	8,4	8,7	8,8	.	.
Alle Länder	5,8	6,3	6,3	6,3	6,4	6,5	6,6	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Quellen: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017; AK VGRdL, Berechnungsstand: November 2016/Februar 2017 (VGR des Bundes).

Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern - Anteil an allen Ländern (in Prozent)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	14,5	14,3	14,2	14,2	14,3	14,3	14,0	14,2	14,6
Bayern	14,8	14,7	14,9	14,8	14,7	14,6	14,6	14,7	14,5
Berlin	5,2	5,3	5,2	5,2	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9
Brandenburg	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3
Bremen	1,0	0,9	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Hamburg	3,2	3,3	3,3	3,2	3,2	3,3	3,3	3,3	3,3
Hessen	9,9	9,6	9,7	9,7	10,0	10,0	10,2	9,5	9,3
Mecklenburg-Vorpommern	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,7
Niedersachsen	8,3	8,3	8,1	8,2	8,3	8,3	8,3	8,4	8,3
Nordrhein-Westfalen	21,6	21,8	21,3	21,3	21,0	20,9	21,1	20,8	21,0
Rheinland-Pfalz	4,7	4,9	5,0	5,0	5,2	5,1	4,9	5,1	5,0
Saarland	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3	1,3
Sachsen	3,7	3,8	3,9	3,9	4,0	4,0	4,0	4,1	4,3
Sachsen-Anhalt	2,2	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3
Schleswig-Holstein	3,8	3,8	3,7	3,9	3,9	3,9	3,9	4,0	3,9
Thüringen	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,3	2,3
Alle Länder ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen²⁾									
Baden-Württemberg	13,6	13,5	13,4	13,2	13,1	13,2	13,1	.	.
Bayern	16,0	15,8	15,9	15,7	15,5	15,3	15,3	.	.
Berlin	4,5	4,4	4,4	4,4	4,5	4,6	4,5	.	.
Brandenburg	2,5	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	.	.
Bremen	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	.	.
Hamburg	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	.	.
Hessen	7,0	7,0	7,2	7,2	7,2	7,2	7,1	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	1,8	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	.	.
Niedersachsen	9,7	9,7	9,3	9,4	9,6	9,5	9,5	.	.
Nordrhein-Westfalen	22,1	22,3	22,5	22,5	22,3	22,4	22,5	.	.
Rheinland-Pfalz	4,6	4,6	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6	.	.
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	.	.
Sachsen	4,3	4,4	4,5	4,6	4,7	4,7	4,6	.	.
Sachsen-Anhalt	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	.	.
Schleswig-Holstein	3,7	3,7	3,7	3,9	3,9	3,9	3,9	.	.
Thüringen	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5	2,5	2,6	.	.
Alle Länder ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	.	.

1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – 2) gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern - Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	x	-1,0	1,9	4,0	2,0	1,0	-0,5	4,0	5,0
Bayern	x	-0,2	4,4	2,9	0,7	0,4	1,1	3,2	0,3
Berlin	x	1,4	2,3	3,6	-3,3	0,3	-0,1	4,0	2,0
Brandenburg	x	4,6	2,9	4,2	1,0	2,9	2,8	3,8	0,6
Bremen	x	-4,9	4,7	1,8	1,3	1,4	2,2	7,0	0,3
Hamburg	x	1,9	6,2	0,7	0,4	5,5	-0,5	4,5	1,8
Hessen	x	-3,4	4,6	4,2	4,8	1,3	3,6	-4,7	-
Mecklenburg-Vorpommern	x	2,6	5,6	1,5	3,4	0,5	1,1	5,8	3,7
Niedersachsen	x	1,5	0,1	4,0	2,7	0,5	1,7	2,9	0,5
Nordrhein-Westfalen	x	1,2	0,7	3,8	-0,4	0,7	1,5	1,0	2,8
Rheinland-Pfalz	x	2,6	6,4	4,3	5,7	-1,4	-2,4	6,2	-
Saarland	x	1,0	5,0	2,3	-	4,8	-0,7	0,8	0,1
Sachsen	x	3,0	5,1	3,7	1,5	1,4	0,6	6,4	4,9
Sachsen-Anhalt	x	2,5	2,8	1,3	1,0	0,2	1,7	3,5	3,3
Schleswig-Holstein	x	-1,5	1,0	10,2	-0,6	1,9	1,7	4,2	0,9
Thüringen	x	2,3	4,7	3,8	1,5	2,2	2,2	7,5	3,1
Alle Länder	x	0,4	2,8	3,8	1,3	1,0	1,0	2,6	2,0
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾									
Baden-Württemberg	x	1,5	2,7	2,2	0,4	1,1	0,7	.	.
Bayern	x	1,9	3,4	2,6	0,1	-0,5	1,0	.	.
Berlin	x	2,4	2,8	3,9	3,5	1,1	-0,1	.	.
Brandenburg	x	4,5	3,4	3,4	2,2	0,5	1,9	.	.
Bremen	x	1,3	4,8	1,9	2,6	-1,0	1,6	.	.
Hamburg	x	4,6	3,1	2,6	1,9	0,4	1,0	.	.
Hessen	x	2,5	5,1	3,8	1,4	1,6	-1,0	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	x	2,4	6,8	2,0	3,6	-0,5	1,4	.	.
Niedersachsen	x	2,7	-1,8	5,0	3,8	-0,2	0,8	.	.
Nordrhein-Westfalen	x	3,8	3,9	3,6	0,6	0,7	1,6	.	.
Rheinland-Pfalz	x	1,6	2,0	4,2	2,2	1,5	0,2	.	.
Saarland	x	1,7	2,9	0,7	0,8	5,3	0,8	.	.
Sachsen	x	4,2	5,2	5,8	3,2	1,0	-0,2	.	.
Sachsen-Anhalt	x	4,4	2,4	1,2	1,1	-0,2	1,0	.	.
Schleswig-Holstein	x	3,3	3,5	9,3	2,1	0,1	1,7	.	.
Thüringen	x	4,5	4,8	2,4	2,8	3,0	1,6	.	.
Alle Länder	x	2,8	3,1	3,5	1,5	0,6	0,9	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

**Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern
(Kettenindex 2010 = 100)**

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	99,1	98,2	100	104,0	106,1	107,1	106,6	110,8	116,4
Bayern	95,9	95,7	100	102,9	103,6	104,0	105,1	108,5	108,8
Berlin	96,5	97,8	100	103,6	100,2	100,5	100,4	104,4	106,4
Brandenburg	92,9	97,2	100	104,2	105,2	108,2	111,3	115,5	116,2
Bremen	100,5	95,5	100	101,8	103,1	104,5	106,8	114,2	114,6
Hamburg	92,5	94,2	100	100,7	101,1	106,6	106,0	110,8	112,8
Hessen	99,0	95,6	100	104,2	109,2	110,7	114,7	109,3	109,3
Mecklenburg-Vorpommern	92,3	94,7	100	101,5	104,9	105,4	106,6	112,8	116,9
Niedersachsen	98,4	99,9	100	104,0	106,8	107,3	109,1	112,3	112,8
Nordrhein-Westfalen	98,1	99,3	100	103,8	103,4	104,1	105,6	106,7	109,7
Rheinland-Pfalz	91,6	94,0	100	104,3	110,2	108,7	106,1	112,7	112,7
Saarland	94,3	95,2	100	102,3	102,3	107,2	106,4	107,2	107,3
Sachsen	92,3	95,1	100	103,7	105,2	106,7	107,4	114,3	119,9
Sachsen-Anhalt	94,9	97,3	100	101,3	102,3	102,5	104,3	107,9	111,5
Schleswig-Holstein	100,5	99,0	100	110,2	109,6	111,7	113,5	118,2	119,3
Thüringen	93,3	95,5	100	103,8	105,3	107,7	110,1	118,3	122,0
Alle Länder	96,9	97,3	100	103,8	105,1	106,1	107,2	110,0	112,2
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾									
Baden-Württemberg	96,0	97,4	100	102,2	102,6	103,7	104,4	.	.
Bayern	94,9	96,7	100	102,6	102,7	102,1	103,1	.	.
Berlin	95,0	97,3	100	103,9	107,5	108,7	108,6	.	.
Brandenburg	92,5	96,7	100	103,4	105,7	106,2	108,3	.	.
Bremen	94,1	95,4	100	101,9	104,5	103,4	105,0	.	.
Hamburg	92,8	97,0	100	102,6	104,6	105,0	106,1	.	.
Hessen	92,8	95,1	100	103,8	105,2	106,9	105,9	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	91,5	93,7	100	102,0	105,6	105,0	106,5	.	.
Niedersachsen	99,2	101,9	100	105,0	109,0	108,8	109,6	.	.
Nordrhein-Westfalen	92,7	96,2	100	103,6	104,2	104,9	106,6	.	.
Rheinland-Pfalz	96,5	98,0	100	104,2	106,4	108,0	108,2	.	.
Saarland	95,5	97,2	100	100,7	101,5	106,8	107,6	.	.
Sachsen	91,2	95,0	100	105,8	109,2	110,3	110,1	.	.
Sachsen-Anhalt	93,6	97,7	100	101,2	102,3	102,0	103,0	.	.
Schleswig-Holstein	93,5	96,6	100	109,3	111,6	111,7	113,7	.	.
Thüringen	91,3	95,4	100	102,4	105,2	108,3	110,0	.	.
Alle Länder	94,4	97,0	100	103,5	105,0	105,6	106,5	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern (1 000 Personen)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	681,1	694,8	703,6	711,5	724,6	736,9	758,8	778,9	791,5
Bayern	747,4	769,2	790,3	805,6	819,3	829,1	850,1	876,4	896,8
Berlin	222,9	230,7	235,8	238,0	244,4	251,3	257,7	260,8	265,4
Brandenburg	130,2	134,8	137,7	137,6	139,0	140,4	143,2	148,1	152,4
Bremen	52,0	51,4	52,8	53,5	54,3	54,5	55,5	56,7	56,5
Hamburg	138,6	142,1	148,5	148,6	149,1	150,5	153,6	158,9	163,5
Hessen	386,7	394,6	399,9	408,6	413,3	418,2	429,9	438,9	446,2
Mecklenburg-Vorpommern	97,4	99,7	100,4	99,9	101,1	103,0	106,7	109,9	114,0
Niedersachsen	470,4	483,1	493,4	501,1	508,9	515,0	529,0	542,6	557,4
Nordrhein-Westfalen	1 085,0	1 108,9	1 126,6	1 148,0	1 170,5	1 187,9	1 217,6	1 243,9	1 278,0
Rheinland-Pfalz	246,8	253,4	258,8	261,3	265,5	269,5	276,7	284,1	290,7
Saarland	70,5	71,7	72,9	73,5	73,4	74,0	75,7	77,4	79,7
Sachsen	244,1	250,5	255,6	257,4	261,9	266,7	272,6	279,2	285,4
Sachsen-Anhalt	135,0	137,5	139,5	138,2	139,2	140,4	142,8	145,7	149,8
Schleswig-Holstein	187,6	189,8	192,8	194,8	197,8	200,1	203,9	209,9	214,8
Thüringen	126,3	129,3	132,9	134,8	136,9	138,4	141,7	145,0	147,8
Alle Länder	5 021,7	5 141,7	5 241,5	5 312,3	5 399,2	5 475,9	5 615,7	5 756,4	5 889,8
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾									
Baden-Württemberg	501,5	515,1	523,5	531,6	541,8	551,7	572,4	588,8	.
Bayern	582,8	600,6	616,8	633,3	645,8	655,1	675,6	698,7	.
Berlin	166,3	171,4	175,4	177,4	183,4	189,3	195,4	199,1	.
Brandenburg	106,5	110,4	112,8	113,4	115,1	116,4	119,2	123,8	.
Bremen	39,1	39,6	40,4	41,1	42,1	42,2	42,9	44,2	.
Hamburg	90,3	93,8	97,9	99,3	101,9	102,1	104,2	108,5	.
Hessen	270,0	277,2	281,8	288,4	293,7	298,7	308,1	318,5	.
Mecklenburg-Vorpommern	80,0	81,8	82,6	82,5	83,8	85,4	89,1	92,3	.
Niedersachsen	379,5	390,5	399,1	407,5	415,8	421,5	434,0	446,6	.
Nordrhein-Westfalen	840,5	863,3	882,7	904,1	927,1	944,8	972,9	1 000,5	.
Rheinland-Pfalz	188,7	194,0	198,2	201,9	205,6	208,2	214,4	220,4	.
Saarland	52,8	53,7	54,5	55,0	55,3	56,0	57,6	59,2	.
Sachsen	192,4	198,6	203,2	206,2	211,5	216,0	221,3	227,6	.
Sachsen-Anhalt	108,6	110,8	112,5	111,6	112,6	113,7	116,3	119,3	.
Schleswig-Holstein	141,0	142,7	145,3	147,8	150,4	151,4	154,6	159,9	.
Thüringen	99,7	103,0	106,4	108,5	110,9	112,4	115,6	118,9	.
Alle Länder	3 839,8	3 946,5	4 033,3	4 109,6	4 196,8	4 264,8	4 393,5	4 526,3	.

1) gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern - Anteil an den Erwerbstätigen der Gesamtwirtschaft (in Prozent)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	11,8	12,2	12,3	12,3	12,3	12,4	12,6	12,8	12,9
Bayern	11,1	11,4	11,7	11,7	11,7	11,7	11,9	12,0	12,1
Berlin	13,5	13,8	14,0	13,9	14,0	14,2	14,3	14,1	14,0
Brandenburg	12,2	12,5	12,7	12,7	12,8	13,0	13,2	13,7	13,8
Bremen	12,8	12,7	13,1	13,1	13,1	13,1	13,3	13,5	13,3
Hamburg	12,5	12,7	13,1	12,9	12,8	12,7	12,9	13,2	13,4
Hessen	12,2	12,4	12,6	12,7	12,7	12,8	13,0	13,2	13,2
Mecklenburg-Vorpommern	13,0	13,2	13,4	13,5	13,8	14,0	14,4	14,8	15,3
Niedersachsen	12,7	13,0	13,2	13,2	13,2	13,2	13,5	13,7	13,9
Nordrhein-Westfalen	12,3	12,6	12,8	12,9	13,0	13,1	13,4	13,5	13,8
Rheinland-Pfalz	12,9	13,3	13,6	13,5	13,6	13,8	14,1	14,3	14,5
Saarland	13,6	13,9	14,1	14,0	14,0	14,3	14,6	14,9	15,2
Sachsen	12,4	12,8	12,9	13,0	13,1	13,3	13,5	13,9	14,0
Sachsen-Anhalt	13,1	13,4	13,6	13,5	13,6	13,8	14,1	14,5	14,9
Schleswig-Holstein	14,4	14,6	14,8	14,7	14,9	15,0	15,2	15,5	15,6
Thüringen	12,1	12,5	12,7	12,8	13,0	13,2	13,6	13,9	14,1
Alle Länder	12,3	12,6	12,8	12,8	12,8	12,9	13,2	13,4	13,5
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾									
Baden-Württemberg	8,7	9,0	9,2	9,2	9,2	9,3	9,5	9,7	.
Bayern	8,7	8,9	9,1	9,2	9,2	9,2	9,4	9,6	.
Berlin	10,1	10,3	10,4	10,4	10,5	10,7	10,8	10,8	.
Brandenburg	10,0	10,2	10,4	10,5	10,6	10,8	11,0	11,4	.
Bremen	9,6	9,8	10,0	10,1	10,1	10,1	10,3	10,5	.
Hamburg	8,2	8,4	8,7	8,6	8,7	8,6	8,7	9,0	.
Hessen	8,5	8,7	8,9	8,9	9,0	9,1	9,3	9,5	.
Mecklenburg-Vorpommern	10,7	10,8	11,0	11,1	11,4	11,6	12,0	12,4	.
Niedersachsen	10,3	10,5	10,7	10,7	10,8	10,8	11,1	11,3	.
Nordrhein-Westfalen	9,6	9,8	10,0	10,1	10,3	10,4	10,7	10,9	.
Rheinland-Pfalz	9,9	10,2	10,4	10,5	10,6	10,7	10,9	11,1	.
Saarland	10,2	10,4	10,5	10,5	10,6	10,8	11,1	11,4	.
Sachsen	9,7	10,1	10,3	10,4	10,6	10,7	11,0	11,3	.
Sachsen-Anhalt	10,5	10,8	10,9	10,9	11,0	11,2	11,5	11,9	.
Schleswig-Holstein	10,8	10,9	11,1	11,2	11,3	11,4	11,5	11,8	.
Thüringen	9,6	9,9	10,2	10,3	10,5	10,7	11,1	11,4	.
Alle Länder	9,4	9,7	9,8	9,9	10,0	10,1	10,3	10,5	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Quellen: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017; AK ETR, Berechnungsstand: Mai 2017 (VGR des Bundes).

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern - Anteil an allen Ländern (in Prozent)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	13,6	13,5	13,4	13,4	13,4	13,5	13,5	13,5	13,4
Bayern	14,9	15,0	15,1	15,2	15,2	15,1	15,1	15,2	15,2
Berlin	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6	4,5	4,5
Brandenburg	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Bremen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Hamburg	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,8	2,8
Hessen	7,7	7,7	7,6	7,7	7,7	7,6	7,7	7,6	7,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
Niedersachsen	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,5
Nordrhein-Westfalen	21,6	21,6	21,5	21,6	21,7	21,7	21,7	21,6	21,7
Rheinland-Pfalz	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,4
Sachsen	4,9	4,9	4,9	4,8	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8
Sachsen-Anhalt	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5
Schleswig-Holstein	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6
Thüringen	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Alle Länder ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen²⁾									
Baden-Württemberg	13,1	13,1	13,0	12,9	12,9	12,9	13,0	13,0	.
Bayern	15,2	15,2	15,3	15,4	15,4	15,4	15,4	15,4	.
Berlin	4,3	4,3	4,3	4,3	4,4	4,4	4,4	4,4	.
Brandenburg	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,7	2,7	.
Bremen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	.
Hamburg	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	.
Hessen	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	.
Mecklenburg-Vorpommern	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	.
Niedersachsen	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	.
Nordrhein-Westfalen	21,9	21,9	21,9	22,0	22,1	22,2	22,1	22,1	.
Rheinland-Pfalz	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	.
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	.
Sachsen	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,1	5,0	5,0	.
Sachsen-Anhalt	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	.
Schleswig-Holstein	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	.
Thüringen	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	.
Alle Länder ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	.

1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – 2) gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern - Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	x	2,0	1,3	1,1	1,8	1,7	3,0	2,7	1,6
Bayern	x	2,9	2,7	1,9	1,7	1,2	2,5	3,1	2,3
Berlin	x	3,5	2,2	1,0	2,7	2,8	2,6	1,2	1,8
Brandenburg	x	3,6	2,1	-0,1	1,0	1,0	2,0	3,4	2,9
Bremen	x	-1,1	2,7	1,2	1,6	0,3	1,8	2,2	-0,4
Hamburg	x	2,6	4,5	0,1	0,3	1,0	2,0	3,5	2,9
Hessen	x	2,0	1,3	2,2	1,2	1,2	2,8	2,1	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	x	2,4	0,7	-0,5	1,2	1,8	3,7	3,0	3,7
Niedersachsen	x	2,7	2,1	1,6	1,5	1,2	2,7	2,6	2,7
Nordrhein-Westfalen	x	2,2	1,6	1,9	2,0	1,5	2,5	2,2	2,7
Rheinland-Pfalz	x	2,7	2,1	1,0	1,6	1,5	2,7	2,6	2,3
Saarland	x	1,6	1,8	0,8	-0,1	0,9	2,3	2,2	3,0
Sachsen	x	2,6	2,0	0,7	1,8	1,8	2,2	2,4	2,2
Sachsen-Anhalt	x	1,9	1,4	-0,9	0,8	0,9	1,7	2,0	2,8
Schleswig-Holstein	x	1,2	1,6	1,1	1,5	1,2	1,9	3,0	2,3
Thüringen	x	2,4	2,8	1,4	1,6	1,1	2,4	2,3	1,9
Alle Länder	x	2,4	1,9	1,4	1,6	1,4	2,6	2,5	2,3
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾									
Baden-Württemberg	x	2,7	1,6	1,5	1,9	1,8	3,8	2,9	.
Bayern	x	3,1	2,7	2,7	2,0	1,4	3,1	3,4	.
Berlin	x	3,1	2,4	1,1	3,4	3,2	3,2	1,9	.
Brandenburg	x	3,7	2,2	0,5	1,5	1,1	2,4	3,9	.
Bremen	x	1,2	2,0	1,8	2,4	0,1	1,7	3,1	.
Hamburg	x	3,8	4,4	1,4	2,5	0,3	2,0	4,2	.
Hessen	x	2,7	1,7	2,3	1,9	1,7	3,2	3,4	.
Mecklenburg-Vorpommern	x	2,3	1,0	-0,2	1,6	1,9	4,4	3,6	.
Niedersachsen	x	2,9	2,2	2,1	2,0	1,4	3,0	2,9	.
Nordrhein-Westfalen	x	2,7	2,3	2,4	2,5	1,9	3,0	2,8	.
Rheinland-Pfalz	x	2,8	2,1	1,9	1,9	1,3	3,0	2,8	.
Saarland	x	1,6	1,5	1,1	0,5	1,3	2,8	2,8	.
Sachsen	x	3,2	2,3	1,5	2,6	2,1	2,4	2,9	.
Sachsen-Anhalt	x	2,0	1,6	-0,8	0,9	1,0	2,3	2,6	.
Schleswig-Holstein	x	1,3	1,8	1,7	1,7	0,7	2,1	3,5	.
Thüringen	x	3,2	3,4	1,9	2,3	1,4	2,8	2,9	.
Alle Länder	x	2,8	2,2	1,9	2,1	1,6	3,0	3,0	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern (Messzahl 2010 = 100)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	96,8	98,7	100	101,1	103,0	104,7	107,8	110,7	112,5
Bayern	94,6	97,3	100	101,9	103,7	104,9	107,6	110,9	113,5
Berlin	94,5	97,8	100	101,0	103,6	106,6	109,3	110,6	112,5
Brandenburg	94,5	97,9	100	99,9	100,9	102,0	104,0	107,6	110,7
Bremen	98,5	97,3	100	101,2	102,9	103,2	105,1	107,4	107,0
Hamburg	93,3	95,7	100	100,1	100,4	101,4	103,4	107,0	110,1
Hessen	96,7	98,7	100	102,2	103,3	104,6	107,5	109,7	111,6
Mecklenburg-Vorpommern	97,0	99,3	100	99,5	100,7	102,5	106,3	109,5	113,5
Niedersachsen	95,3	97,9	100	101,6	103,1	104,4	107,2	110,0	113,0
Nordrhein-Westfalen	96,3	98,4	100	101,9	103,9	105,4	108,1	110,4	113,4
Rheinland-Pfalz	95,4	97,9	100	101,0	102,6	104,1	106,9	109,8	112,3
Saarland	96,7	98,3	100	100,8	100,7	101,5	103,9	106,2	109,3
Sachsen	95,5	98,0	100	100,7	102,5	104,3	106,6	109,2	111,7
Sachsen-Anhalt	96,8	98,6	100	99,1	99,8	100,7	102,4	104,5	107,4
Schleswig-Holstein	97,3	98,5	100	101,1	102,6	103,8	105,8	108,9	111,4
Thüringen	95,1	97,3	100	101,4	103,1	104,1	106,7	109,1	111,2
Alle Länder	95,8	98,1	100	101,4	103,0	104,5	107,1	109,8	112,4
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾									
Baden-Württemberg	95,8	98,4	100	101,5	103,5	105,4	109,4	112,5	.
Bayern	94,5	97,4	100	102,7	104,7	106,2	109,5	113,3	.
Berlin	94,8	97,7	100	101,1	104,5	107,9	111,4	113,5	.
Brandenburg	94,4	97,9	100	100,5	102,1	103,2	105,7	109,8	.
Bremen	96,9	98,0	100	101,8	104,2	104,3	106,1	109,4	.
Hamburg	92,3	95,8	100	101,4	104,0	104,3	106,4	110,8	.
Hessen	95,8	98,4	100	102,3	104,2	106,0	109,3	113,0	.
Mecklenburg-Vorpommern	96,8	99,0	100	99,8	101,4	103,3	107,9	111,7	.
Niedersachsen	95,1	97,9	100	102,1	104,2	105,6	108,8	111,9	.
Nordrhein-Westfalen	95,2	97,8	100	102,4	105,0	107,0	110,2	113,3	.
Rheinland-Pfalz	95,2	97,9	100	101,9	103,7	105,1	108,2	111,2	.
Saarland	97,0	98,5	100	101,1	101,5	102,8	105,7	108,7	.
Sachsen	94,7	97,7	100	101,5	104,1	106,3	108,9	112,0	.
Sachsen-Anhalt	96,5	98,4	100	99,2	100,1	101,0	103,4	106,0	.
Schleswig-Holstein	97,0	98,2	100	101,7	103,5	104,2	106,3	110,1	.
Thüringen	93,7	96,7	100	101,9	104,2	105,6	108,6	111,7	.
Alle Länder	95,2	97,8	100	101,9	104,1	105,7	108,9	112,2	.

1) gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen¹⁾ der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern (€)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	44 033	44 073	44 655	45 955	46 938	47 798	47 927	49 751	.
Bayern	40 943	40 814	41 786	42 242	42 740	43 586	44 608	45 767	.
Berlin	48 193	48 671	49 132	50 378	48 361	48 590	49 041	51 644	.
Brandenburg	32 930	34 036	34 741	36 437	37 231	39 271	41 027	42 248	.
Bremen	39 611	39 092	40 128	40 572	41 464	43 096	44 960	48 254	.
Hamburg	47 801	48 822	49 787	50 215	51 353	54 679	55 490	57 319	.
Hessen	52 793	51 686	53 738	54 711	57 644	59 067	61 719	58 957	.
Mecklenburg-Vorpommern	32 066	32 887	34 852	35 759	37 392	38 229	38 664	40 764	.
Niedersachsen	36 334	36 863	36 417	37 438	38 844	39 732	40 845	42 053	.
Nordrhein-Westfalen	41 042	41 899	41 804	42 725	42 744	43 527	44 847	45 481	.
Rheinland-Pfalz	39 716	40 993	42 806	44 042	47 039	46 524	46 043	48 859	.
Saarland	38 538	39 446	40 864	41 664	42 872	45 474	45 946	46 446	.
Sachsen	31 717	32 653	34 027	35 242	35 979	37 076	37 860	40 371	.
Sachsen-Anhalt	34 313	35 386	36 292	37 246	38 153	39 221	40 634	42 287	.
Schleswig-Holstein	42 344	42 357	42 563	46 607	46 495	48 329	49 904	51 767	.
Thüringen	33 487	34 292	35 373	36 429	37 171	38 945	40 267	43 409	.
Alle Länder	41 126	41 517	42 183	43 272	44 078	45 075	46 107	47 295	.
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen²⁾									
Baden-Württemberg	36 215	36 545	37 482	37 872	38 245	39 489	39 799	.	.
Bayern	36 475	36 824	37 637	37 749	37 978	38 735	39 404	.	.
Berlin	35 627	36 134	36 848	38 114	39 111	39 872	40 097	.	.
Brandenburg	31 270	32 178	33 083	34 246	35 347	36 584	37 843	.	.
Bremen	36 266	37 069	38 676	38 944	40 002	41 164	42 732	.	.
Hamburg	39 751	40 889	40 999	41 640	42 435	44 244	45 536	.	.
Hessen	34 689	35 371	37 136	37 858	38 633	40 178	40 064	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	30 607	31 295	33 600	34 530	36 093	36 669	36 996	.	.
Niedersachsen	34 128	34 793	33 938	35 073	36 566	37 443	38 040	.	.
Nordrhein-Westfalen	34 999	36 116	37 276	37 918	38 141	39 206	40 191	.	.
Rheinland-Pfalz	32 628	32 910	33 372	34 324	35 279	36 786	37 159	.	.
Saarland	34 804	35 588	36 627	36 684	37 707	40 778	41 505	.	.
Sachsen	29 906	30 809	32 175	33 741	34 796	35 806	36 255	.	.
Sachsen-Anhalt	31 651	33 065	33 831	34 731	35 675	36 670	37 581	.	.
Schleswig-Holstein	34 523	35 967	37 129	40 068	41 222	42 609	44 105	.	.
Thüringen	31 860	32 943	33 910	34 263	35 296	37 303	38 289	.	.
Alle Länder	34 663	35 404	36 263	37 031	37 710	38 845	39 506	.	.

1) Die für März 2017 geplanten Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) sind aufgrund von Korrekturen der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit entfallen. Aus diesem Grund liegen dem WSE zum Berechnungsstand Juli 2017 unterschiedliche Berechnungsstände der Datenquellen zur Bruttowertschöpfung und zu den Erwerbstätigen zugrunde. In der Folge können für das Berichtsjahr 2016 keine Daten zur Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft je Erwerbstätigen ausgewiesen werden. – 2) gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) je Erwerbstätigen¹⁾ (Produktivitätsindex) der Gesundheitswirtschaft 2008 bis 2016 nach Ländern (Kettenindex 2010 = 100)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitswirtschaft insgesamt									
Baden-Württemberg	102,4	99,5	100	102,9	103,0	102,3	98,9	100,1	.
Bayern	101,4	98,4	100	101,0	99,9	99,1	97,7	97,8	.
Berlin	102,1	100,0	100	102,6	96,7	94,3	91,9	94,4	.
Brandenburg	98,3	99,3	100	104,3	104,3	106,1	107,0	107,3	.
Bremen	102,0	98,2	100	100,6	100,2	101,3	101,6	106,3	.
Hamburg	99,1	98,4	100	100,6	100,7	105,1	102,5	103,6	.
Hessen	102,4	96,9	100	102,0	105,7	105,8	106,7	99,6	.
Mecklenburg-Vorpommern	95,2	95,4	100	102,0	104,2	102,8	100,3	103,0	.
Niedersachsen	103,3	102,0	100	102,4	103,6	102,8	101,8	102,1	.
Nordrhein-Westfalen	101,9	100,9	100	101,9	99,5	98,8	97,7	96,6	.
Rheinland-Pfalz	96,0	96,0	100	103,3	107,4	104,4	99,3	102,6	.
Saarland	97,5	96,8	100	101,5	101,6	105,6	102,4	100,9	.
Sachsen	96,6	97,0	100	103,0	102,6	102,3	100,8	104,7	.
Sachsen-Anhalt	98,0	98,7	100	102,2	102,5	101,8	101,9	103,3	.
Schleswig-Holstein	103,3	100,5	100	109,0	106,8	107,6	107,3	108,5	.
Thüringen	98,1	98,2	100	102,4	102,1	103,5	103,2	108,4	.
Alle Länder	101,1	99,2	100	102,4	102,0	101,5	100,1	100,2	.
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen²⁾									
Baden-Württemberg	100,2	99,0	100	100,7	99,1	98,4	95,4	.	.
Bayern	100,4	99,3	100	99,9	98,1	96,1	94,2	.	.
Berlin	100,2	99,6	100	102,8	102,9	100,7	97,5	.	.
Brandenburg	98,0	98,8	100	102,9	103,5	102,9	102,5	.	.
Bremen	97,1	97,3	100	100,1	100,3	99,1	99,0	.	.
Hamburg	100,5	101,3	100	101,2	100,6	100,7	99,7	.	.
Hessen	96,9	96,6	100	101,5	101,0	100,8	96,9	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	94,5	94,6	100	102,2	104,1	101,6	98,7	.	.
Niedersachsen	104,3	104,1	100	102,8	104,6	103,0	100,7	.	.
Nordrhein-Westfalen	97,4	98,4	100	101,2	99,2	98,0	96,7	.	.
Rheinland-Pfalz	101,4	100,1	100	102,3	102,6	102,8	100,0	.	.
Saarland	98,5	98,7	100	99,6	100,0	103,9	101,8	.	.
Sachsen	96,3	97,2	100	104,2	104,9	103,8	101,1	.	.
Sachsen-Anhalt	97,0	99,3	100	102,0	102,2	101,0	99,6	.	.
Schleswig-Holstein	96,4	98,4	100	107,5	107,8	107,2	107,0	.	.
Thüringen	97,4	98,7	100	100,5	101,0	102,6	101,3	.	.
Alle Länder	99,2	99,2	100	101,6	100,9	99,9	97,8	.	.

1) Die für März 2017 geplanten Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) sind aufgrund von Korrekturen der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit entfallen. Aus diesem Grund liegen dem WSE zum Berechnungsstand Juli 2017 unterschiedliche Berechnungsstände der Datenquellen zur Bruttowertschöpfung und zu den Erwerbstätigen zugrunde. In der Folge können für das Berichtsjahr 2016 keine Daten zur Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft je Erwerbstätigen ausgewiesen werden. – 2) gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017.

Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft je Einwohner und Erwerbstätige der Gesundheitswirtschaft je 1 000 Einwohner 2008 bis 2016 nach Ländern

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je Einwohner¹⁾ in €									
Baden-Württemberg	2 854	2 919	2 998	3 115	3 227	3 323	3 407	3 589	.
Bayern	2 471	2 538	2 669	2 741	2 806	2 877	2 998	3 142	.
Berlin	3 289	3 434	3 538	3 632	3 527	3 592	3 668	3 854	.
Brandenburg	1 720	1 852	1 940	2 040	2 111	2 251	2 395	2 532	.
Bremen	3 147	3 076	3 249	3 328	3 447	3 580	3 782	4 104	.
Hamburg	3 893	4 085	4 345	4 360	4 435	4 730	4 856	5 131	.
Hessen	3 412	3 415	3 600	3 737	3 967	4 096	4 371	4 218	.
Mecklenburg-Vorpommern	1 894	2 009	2 160	2 218	2 358	2 463	2 583	2 791	.
Niedersachsen	2 182	2 281	2 308	2 413	2 542	2 628	2 767	2 897	.
Nordrhein-Westfalen	2 516	2 636	2 681	2 795	2 851	2 944	3 102	3 187	.
Rheinland-Pfalz	2 433	2 589	2 770	2 883	3 129	3 140	3 183	3 442	.
Saarland	2 664	2 793	2 965	3 062	3 158	3 391	3 515	3 623	.
Sachsen	1 873	1 994	2 133	2 234	2 326	2 443	2 548	2 770	.
Sachsen-Anhalt	1 959	2 085	2 192	2 250	2 342	2 445	2 591	2 750	.
Schleswig-Holstein	2 832	2 870	2 931	3 241	3 279	3 439	3 604	3 820	.
Thüringen	1 885	1 995	2 133	2 243	2 339	2 488	2 643	2 908	.
Alle Länder	2 557	2 652	2 754	2 864	2 959	3 061	3 197	3 333	.
Erwerbstätige je 1 000 Einwohner¹⁾									
Baden-Württemberg	65	66	67	68	69	70	71	72	.
Bayern	60	62	64	65	66	66	67	69	.
Berlin	68	71	72	72	73	74	75	75	.
Brandenburg	52	54	56	56	57	57	58	60	.
Bremen	79	79	81	82	83	83	84	85	.
Hamburg	81	84	87	87	86	87	88	90	.
Hessen	65	66	67	68	69	69	71	72	.
Mecklenburg-Vorpommern	59	61	62	62	63	64	67	68	.
Niedersachsen	60	62	63	64	65	66	68	69	.
Nordrhein-Westfalen	61	63	64	65	67	68	69	70	.
Rheinland-Pfalz	61	63	65	65	67	67	69	70	.
Saarland	69	71	73	73	74	75	76	78	.
Sachsen	59	61	63	63	65	66	67	69	.
Sachsen-Anhalt	57	59	60	60	61	62	64	65	.
Schleswig-Holstein	67	68	69	70	71	71	72	74	.
Thüringen	56	58	60	62	63	64	66	67	.
Alle Länder	62	64	65	66	67	68	69	70	.

1) Aufgrund von Verzögerungen bei der Bevölkerungsfortschreibung kann die Veröffentlichung der Einwohnerzahlen für das Jahr 2016 für die Länder erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. In der Folge können für das Jahr 2016 derzeit keine Ergebnisse zur Bruttowertschöpfung je Einwohner sowie zu den Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner ausgewiesen werden.

Quellen: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juli 2017; Bevölkerungsstatistik, Durchschnittliche Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011.

Anschriften der Statistischen Ämter, die gegenwärtig in der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) mitarbeiten

Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Postanschrift: 70158 Stuttgart

- Marcel Nesensohn
Tel. 0711 641-2958

ggr@stala.bwl.de

Bayern

Bayerisches Landesamt für Statistik

Nürnberger Straße 95
90762 Fürth

Postanschrift: 90725 Fürth

- Dr. Tilman von Roncador
Tel. 089 2119-3394
- Patrick Schaumburg
Tel. 0911 98208-6284

ggr-bayern@statistik.bayern.de

Berlin und Brandenburg

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

- Robert Budras
Tel. 030 9021-3734

ggr@statistik-bbb.de

Bremen

Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14–16
28195 Bremen

- Dr. Andreas Cors
Tel. 0421 361-2142

andreas.cors@statistik.bremen.de

Hamburg und Schleswig-Holstein

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Steckelhörn 12
20457 Hamburg

Postanschrift: 20453 Hamburg

- Karin Budziszewski
Tel. 040 42831-1836

vgr-hh@statistik-nord.de

Hessen

Hessisches Statistisches Landesamt

Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden

- Sanyel Arikan
Tel. 0611 3802-825

ggr@statistik.hessen.de

Nordrhein-Westfalen

Information und Technik NRW, Geschäftsbereich Statistik

Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf

Postanschrift: Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf

- Anna Schirbaum
Tel. 0211 9449-2958
- Frank Bastian
Tel. 0211 9449-3952

sgr@it.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Str. 14-16
56130 Bad Ems

Postanschrift: 56128 Bad Ems

- Dr. Ludwig Böckmann
Tel. 02603 71-2940

ludwig.boeckmann@statistik.rlp.de

- Melanie Nofz
Tel. 02603 71-2130

melanie.nofz@statistik.rlp.de

Sachsen

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Macherstraße 63
01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

- Dr. Wolf-Dietmar Speich
Tel. 03578 33-3400
- Susanne Meise
Tel. 03578 33-3455
- Florian Peters
Tel. 03578 33-3454

ggr@statistik.sachsen.de

Thüringen

Thüringer Landesamt für Statistik

Europaplatz 3
99091 Erfurt

Postanschrift: Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt

- Dr. Oliver Greßmann
Tel. 0361 37-84211

ggr@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt

Gustav-Stresemann-Ring 1
65189 Wiesbaden

Postanschrift: 65180 Wiesbaden

- Michael Cordes
Tel. 0611 75-8116
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
michael.cordes@destatis.de

- Angela Höh
Tel. 0611 75-3768
Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
angela.hoeh@destatis.de

Kontaktpersonen in den anderen Bundesländern, die zurzeit noch nicht in der AG GGRdL vertreten sind

Mecklenburg-Vorpommern

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 287
19059 Schwerin

Postanschrift: Postfach 12 01 35, 19018 Schwerin

- Dr. Margit Herrmann
Tel. 0385 588-56041

margit.herrmann@statistik-mv.de

Saarland

Landesamt für Zentrale Dienste, Statistisches Amt

Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken

Postanschrift: Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken

- Karl Schneider
Tel. 0681 501-5948

k.schneider@lzd.saarland.de

Niedersachsen

Landesamt für Statistik Niedersachsen

Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Postanschrift: Postfach 91 07 64, 30427 Hannover

- Silke Dai
Tel. 0511 9898-3353

vgr@statistik.niedersachsen.de

Sachsen-Anhalt

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Merseburger Straße 2
06110 Halle/Saale

Postanschrift: Postfach 20 11 56, 06012 Halle/Saale

- Antje Bornträger
Tel. 0345 2318-339

antje.borntraeger@stala.mi.sachsen-anhalt.de

